# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 158. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 3. April 1865.

## Preußen.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

**39. Sitzung des Hauses der Abgeordneten** (1. April).

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Ministertische Graf Itzenplitz, Reg.-Commissar Dechend. Die Tribünen sind mäßig besetzt.

Präsident Grabow theilt den Ausfall der Wahlen für die beiden besonderen Commissionen von 21 resp. 24 Mitgliedern zur Vorberathung des Berggesetzes und der Wegeordnung mit.

Das Haus geht zur Tagesordnung, zur Fortsetzung der allgemeinen Debatte über die Bankvorlage über. Zuerstst erhält das Wort der

Abg. Wagener (für die Regierungs-Vorlage): Ich kann mich einfach den Ausführungen des Abg. Waldeck anschließen. Freilich tritt die Versuchung an mich heran, die eigenthümliche Parteiverschiebung, wie sie sich hier in den letzten Tagen gezeigt hat, zu kritisiren; allein ich kann darauf verzichten und mir dazu eine passendere Gelegenheit ausersehen. Das aber muß ich erklären, daß mir die Rede des Abg. v. Unruh vollständig unverständlich war. Derselbe hat gegen die Vorlage und für die Commission gesprochen, und unter Anderem erklärt, ein Staat mit geordneten Finanzen könne nicht zur Freiheit gelangen. Vielleicht also ist er doch für die Vorlage, in der Hoffnung, daß die Regierung dadurch die Finanzen zerrütten und der Freiheit eine Gasse brechen müsse. Die übrigen Gegner der Vorlage haben lediglich gegen Staatsbanken im Allgemeinen, in keiner Weise aber gegen die Ausdehnung der preußischen Bank gesprochen. Ich halte die letztere für einen großen Fortschritt in der richtigen Erkenntniß der Hauptaufgabe der Regierung bezüglich der Finanzverwaltung: der Staat soll die Finanzen nicht monopolisiren, sondern dominiren. Ich halte die Ausdehnung der preußischen Bank für ein nothwendiges Correlat unserer handelspolitischen Stellung, für eine nothwendige Ergänzung unserer Zollvereinsstellung; wir haben nur zu lange damit gewartet und in zu großem Umfange den kleinen ausländischen Banken gestattet, sich bei uns festzusetzen. Ich begrüße ferner die Vorlage als ein neues Stück materieller deutscher Einheit, als einen Anfang zur endlichen Herstellung einer gemeinsamen deutschen Geldwährung; ich begrüße die Vorlage als eine Erleichterung für den preußischen Handelsstand und als eine Befestigung unserer politischen Stellung im Allgemeinen, nicht in tendenziösem Sinne, sondern unserer politischen Stellung in dem Sinne, wie sie der Zollverein angebahnt hat. In dieser Beziehung dürfen wir Opfer nicht scheuen, da wir Alles, was wir erreicht haben, unserer Opferwilligkeit verdanken.

Allerdings hängt in dieser Frage Alles von dem Vertrauen zur Bank-Verwaltung ab; gegen diese, und nicht gegen die Bank selbst, scheinen mir alle Bedenken gerichtet zu sein; allein diese Bedenken sind in der That nur Schreckgespenster gegenüber der Thatsache, daß die Regierung bis jetzt ihre Gewalt noch nicht mißbraucht hat und sicher auch nicht mißbrauchen wird. Ich bin ferner überzeugt, daß es schwerer sein wird, Bankcommanditen im außerpreußischen Deutschland zu gründen, als man zu befürchten hat, daß die Regierung einen zu umfassenden Gebrauch von ihren Befugnissen machen könnte. Sie haben gestern von dem Herrn Regierungs-Commissar gehört, wie geringe Verluste die Bank bisher erlitten hat, welche Vorsicht angewendet wird, um Deckung durch kurzläufige Wechsel zu beschaffen. Der Vorwurf des Abg. Gneist, daß die deutschen Staaten von der Vorlage den Vortheil, wir die Kosten und das Risico tragen, ist durchaus ungegründet und geht von der Voraussetzung einer überaus leichtfertigen Bankverwaltung aus. Ich glaube, daß unsere Verwaltung niemals ein Risico übernehmen wird, welches sie veranlassen könnte, auch das Land zurückzugreifen. Durch die Beschränkung der Filialen auf Hamburg und die Elbherzogthümer würden Sie der Vorlage einen Stempel aufdrücken, den Sie gerade nicht wollen, Sie würden Sie zu einer Maßregel im eminent politischen Sinne machen und die Handelsinteressen Preußens erschweren. Ich sage mit dem Abg. Waldeck: wir müssen das Interesse unseres Vaterlandes im Auge behalten, ein Interesse, welches alle Ministerien und Majoritäten überdauert. Die Ablehnung der Vorlage, um dem Ministerium Opposition zu machen, hätte vollends keinen Sinn, dem gegenüber möchte ich Sie an die Aeußerung des Abg. Twesten bei einer anderen Gelegenheit erinnern, wo er sagte, durch derartige Beschlüsse stärken Sie das Ministerium, dem Sie schaden wollen, und schädigen sich selbst: deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie mit uns für die Regierungsvorlage. (Beifall von den Conservativen.)

Abg. Lent (für den Regierungsentwurf): Ich bin mit dem Vorredner zwar in gleicher, aber keineswegs auch in der glücklichen Lage, mit ihm übereinzustimmen. Im Gegentheil macht mich eine solche Uebereinstimmung stutzig und fordert zur eingehenden Prüfung der Sache auf. Der Vorredner hat die gestrige Anführung des Abg. v. Unruh vollständig auf den Kopf gestellt. Hr. v. Unruh hat ausdrücklich erklärt, daß er die Ansicht, daß ein Staat erst durch Finanzruin zur Freiheit gelange, nicht theile. (Hört!) Wenn der Abg. Wagener die „Theoretisch-Praktischen", „solche, die es nicht verstehen und auch nicht besser machen", als Autoritäten anführt, so mögen das für ihn Autoritäten sein, für uns sind sie es nicht.

Meinungs-Verschiedenheiten über einzelne Fragen sind innerhalb der großen Coalitionsfractionen natürlich. Aber den Conservativen und dem Ministerium gegenüber besteht über alle Principienfragen vollständige Einigkeit. (Bravo.) Die Bankvorlage bewirkt allerdings materielle Verpflichtungen für den Staat; jede Banknote muß bei allen Staatskassen auf Sicht sofort gezahlt werden: die Verpflichtung ist also eine strengere als bei den Zinsgarantien. Die Ausführungen des Abgeordneten für Bielefeld, daß eine solche materielle und politische Bedeutung nicht vorliege, sind nicht zutreffend. — Die Gründe gegen den Gesetz-Entwurf, welche sich auf das Bank-Monopol, auf Centralisation, auf übermäßige Noten-Emission, auf Contingentirung beziehen, sind schon im Einzelnen beleuchtet; sie mögen bei Ablauf der Bankordnung im Jahre 1871 principiell, nicht aber jetzt nur nebenbei erörtert werden. Für die Concurrenz in Hamburg sind die Bankfonds ausreichend, die hamburger Giro-Bank, die norddeutsche und die Vereinsbank haben zusammen nicht mehr als circa 10 Millionen Thaler Silber Die politischen Gegengründe sind ohne Gewicht, nicht das gegenwärtige Ministerium, nur der Staat selbst wird durch die Erweiterung des Bankgeschäfts gestärkt. Außerdem lassen sich die Handelsverhältnisse von politischer Regierungs-Beeinflussung nicht wesentlich alteriren. Aber wenn die Ausdehnung der Bank als Ausfluß der Annexionslust bezeichnet wird, so bin ich mit einer solchen, durch die friedliche Macht des Handelsgeschäfts sich vollziehenden Annexion durchaus einverstanden. (Bravo!) Ich bedauere nur, daß nicht überhaupt unsere staatlichen Verhältnisse außerhalb Preußens den Wunsch nach Annexion rege machen. (Bravo!) Aber dazu scheint wenig Aussicht vorhanden, da ja, wie wir aus dem Commissions-Berichte sehen, die von Sachsen-Altenburg auszutauschenden Bewohner der 18 Bauernhäuser die Abtretung an Preußen beharrlich ablehnen. Die Angriffe auf die Majorität bei dem Michaelis'schen Antrage und den Eisenbahn-Vorlagen, welche namentlich der Abgeordnete für Bielefeld gemacht hatte, sind durch seine eigene gestrige Rede für beseitigt zu halten. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß man jede Bewilligung, jeden Gesetz-Entwurf des gegenwärtigen Ministeriums ohne materielle Prüfung ablehnen müsse: so läßt sich über einen solchen principiellen Standpunkt streiten, bis jetzt ist er im Hause noch nicht vertheidigt worden. Des Abg. Gneist Ausführung, daß man die Vorlage gerade wegen der seitherigen Solidität der Bankverwaltung, und um dieselbe zu conserviren, ablehnen müsse, ist unrichtig. Auch muß ich dessen Befürchtungen über die mögliche Corruption des preußischen Beamtenthums durchaus zurückweisen. Wir sind vollkommen bekannt mit den vielfachen Disciplinirungsmaßregeln des Ministeriums; aber der Geist des preußischen Beamtenthums, dessen Vertreter wir ja auf allen Bänken dieses Hauses haben, giebt keine Veranlassung, die Voraussetzung seiner Corruption auszusprechen. Ich stimme für das Gesetz, weil ich glaube, daß es zu einer gedeihlichen Entwicklung der materiellen Verhältnisse unseres Landes beitragen wird und weil ich meine, daß unser Verfassungs-Conflict um so eher auf eine Lösung hoffen kann, je mehr die volkswirthschaftliche Blüthe unseres Landes dessen Kraft zeigt. (Bravo!)

Präs. Grabow: M. H.! Ich werde soeben von einigen Herren darauf aufmerksam gemacht, daß es durchaus nothwendig ist, Luft zu schaffen, wenn Sie lebendig aus dem Hause kommen sollen. Nun, m. H., ich kann wohl den Auftrag geben, Luft zu schaffen, ich fürchte aber, daß es dann wieder zu viel Luft werden wird, und bitte, sich dann nicht zu beklagen. (Heiterkeit.)

Abg. Faucher: Unsere Aufgabe ist es nicht, die Vertrauenswürdigkeit der Beamten zu untersuchen, sondern Gesetze zu machen. Ich werde mich daher streng an den Gesetzentwurf halten und prüfen, ob er Gefahren für die Gesammtheit in sich schließt, uneingeschüchtert durch die fertige öffentliche Meinung und durch die Handelskammern. Denn der Kaufmann ist der letzte, den man in dieser Sache zu befragen hat. Banken geben den Kaufleuten Capitalien, die sie nicht haben, zur Ausdehnung ihres Geschäftes, und wenn man sie fragt, wollt ihr Banken, Ausdehnung des Bankgeschäfts, so sagen sie alle: Ja. Auch persönliche Interessen sprechen dabei mit, wenn sie eine Filiale in Hamburg wünschen um die Spesen bei der Umrechnung von Thalern in Mark Banco zu sparen. Wir in diesem Hause haben nicht für die Kaufleute, sondern dafür zu sorgen, daß der Noteninhaber keinen Schaden leidet, und ob für die 17 Millionen Depositen, die in unserer Bank liegen, keine Gefahr entsteht. Ueber den letzteren Punkt bin ich bei Gründung einer Filiale in Hamburg ziemlich beruhigt, aber über den ersteren nicht. Unsere Bankgesetzgebung hat einen Zopf an ihrem Axiom der Drittheils-Deckung, das im Anfange dieses Jahrhunderts von französischem Muster abgelernt wurde und von der Voraussetzung ausgeht, ⅓ baare Deckung reiche aus, mehr als ⅓ der Noten könne nie präsentirt werden. In England hat man zuerst statt des proportionellen ein additionelles Verhältniß zwischen Baarvorrath und Noten aufgestellt: nur ein bestimmter Betrag von Noten darf ungedeckt sein, der ganze Rest muß baar gedeckt sein, nicht etwa aus Furcht, sondern weil man zu der Erkenntniß gelangt ist, daß die Masse der Tauschmittel in einem gewissen wirthschaftlichen Gebiet nicht ins Grenzenlose vermehrt werden kann, ohne den Preis sämmtlicher Waaren zu erhöhen, die Einfuhr zu ermuthigen, die Ausfuhr zu entmuthigen und eine Differenz zu Gunsten der ersteren zu erzeugen, die mit edlen Metallen gedeckt werden muß. In Folge dieses Bedürfnisses, nicht aus Noth, werden Noten präsentirt und wird Silber verlangt, die Notenausgabe wird beschränkt, Disconten werden zurückgewiesen, und man gelangte so zu der Erfahrung, daß die ⅓-Deckung für eine wachsende Notenausgabe keinen Schutz gewährt.

Die Bank neigt zur Ausgabe von Noten in infinitum, sie erhöht nur den Baarvorrath um ⅓ der Mehrausgabe, andererseits nimmt das Publikum sie als ein Darlehn und natürlich ebenfalls ohne Grenze, die weder für den Ausgeber noch für den Empfänger vorhanden ist. Bei ⅓ oder ½ Deckung kommt man immer zur grenzenlosen Notenemission, bis der böse Tag kommt, daß das Silber ins Ausland abfließt. Und diese Gefahr will man durch die Vorlage über die Grenze Preußens tragen. Gegen sie ist unser Antrag gerichtet. Wir haben, wenn er angenommen wird, nichts gegen die Gründung von Filialen außerhalb Preußens einzuwenden; wenn nicht, so wollen wir sie nicht. Der Herr Commissar der Regierung sagt uns, die Bankantheilseigner wollten nicht, sie hätten einen unwiderruflichen Beschluß gefaßt. Unwiderrufliche Beschlüsse von Actionären einer General-Versammlung gehen uns gar nichts an, es giebt auch gar keine. Sie sind auch nicht die Leute, die uns Bedingungen vorzuschreiben haben, sondern wir stellen und legen sie ihnen auf. Man stellt hier Theorie und Praxis einander gegenüber: was heißt denn Theorie? Theorie heißt eine wirthschaftliche Frage vom allgemeinen Standpunkt, der der Standpunkt dieses Hauses ist, im Interesse des größten Kreises untersuchen, während die Praxis das Interesse des kleinsten Kreises wahrnimmt. Daher müssen die Beschlüsse dieses Hauses über wirthschaftliche Fragen immer theoretische sein. — Bei dem leisesten Luftzuge in Europa strömt die vermehrte Notenemission nach Preußen zurück. Wir wissen, daß unser Land 60 Millionen in Form von Noten geschaffener Tauschmittel ohne Deckung vertragen kann; ob es mehr vertragen kann, darüber müssen erst Erfahrungen gemacht werden, und darin liegt eben die Gefahr. Nehmen wir an, es strömten 30–40 Millionen mehr aus Deutschland nach Preußen zurück, so haben wir die moralische Verpflichtung, sie an unseren Kassen anzunehmen und einzulösen, der Baarschatz der Bank entleerte sich um die zurückströmende Masse von Noten, die Suspendirung der Baarzahlung träte ein, der Zwangscours triebe wie in Oesterreich das Silber aus dem Lande und hätte dieselben Folgen wie in Oesterreich: Steigerung der Preise bei niedrigen Arbeitslöhnen und schlechter Ernährung der Arbeiter. Die Regierung arbeitet gegenwärtig mit einem Silbervorrath, dessen Zufluß über heute und morgen aufhören kann. Unsere Bank verdankt ihn dem eben geschilderten Prozeß, sofern er sich in Oesterreich vollzogen hat: Oesterreich hat in Folge grenzenloser Notenemission sein Silber an die Nachbarstaaten abgeben, über den Zollverein ausschütten müssen. Wie aber, wenn Oesterreich bessere Wege betritt, wenn es seine Noten nach dem Tages-Cours einzulösen beschließt, was bei der wirthschaftlichen Einsicht, die sich im österreichischen Reichsrath thätig erweist, noch in diesem Jahre geschehen kann? Dann fließt das österreichische Silber aus unserer Bank nach Oesterreich zurück. Darum sagen wir dem Herrn Bankpräsidenten, der nach Hamburg gehen will: du hast schon 60 Millionen Credit, mehr geben wir dir nicht, 60 Millionen sind genug, so wenig wie ein Vater seinem Sohne, der nach Hamburg gehen will, unlimitirten Credit giebt. (Heiterkeit.)

Wie der Vater weiß, daß er zuletzt zahlen muß, so wissen auch wir, daß auch wir schließlich bezahlen müssen. Die Regierung muß eben auf die Bankantheilseigner einwirken, daß sie den nöthigen Beschränkungen zustimmen. Die Finanzgrößen sind ja gewöhnt, sich nach den Umständen zu richten, sonst wären sie eben keine Finanzgrößen, und zu solchen wirksamen Umständen würde auch ein Beschluß dieses Hauses im Sinne unseres Antrages gehören, wenn die Regierung die Herren für ihn gewinnen will. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Blanckenburg (gegen den Commissions-Antrag): Meine Herren! Wenn man die Debatte blos oberflächlich verfolgt, so möchte es fast scheinen, als ob wir schon in das parlamentarische Paradies eingetreten seien: die Herren Waldeck und Wagener Hand in Hand. Das mahnt allerdings an die glückliche Zeit, wo Wolf und Lamm von einem Teller gefressen haben sollen. Ich habe mich übrigens blos zum Wort gemeldet, um den betreffenden Insinuationen gegenüber, auf die Stellung hinzuweisen, die meine Partei unter dem liberalen Ministerium Auerswald eingenommen hat. Wenn wir damals als die principiellste Oppositionspartei nicht gegen das liberale Ministerium stimmten, wenn es sich um die wahren Interessen des Landes handelte, dann meine ich, meine Herren, daß auch Sie es jetzt über sich gewinnen sollten, einer nützlichen Vorlage ihre Zustimmung zu ertheilen. Es ist mir nicht eingefallen, zu bestreiten, daß der Handelstand und die Handelskammern ein Interesse an dem vorliegenden Gesetzentwurf hätten, aber ich möchte sie jetzt auf den bekannten Spruch des Knaben verweisen und Sie damit trösten: Ist uns schon ganz recht, daß die Vorlage gefallen, warum begeben wir uns nicht der Forderung des Budgetrechts. Die Bemerkungen des Vorredners und des Abgeordneten Gneist über die Beschränkung der Noten-Emission halte ich nicht für zutreffend. Wie kommen sie dazu, zu wissen, daß gerade sechszig Millionen genügen. Ich werde also für die Regierungs-Vorlage, eventuell für das Amendement Overweg stimmen.

Abg. Schulze (Berlin.) (Im Anfange seiner Rede schwer verständlich.): M. H.! Die Frage ist nach verschiedenen Richtungen hin so eingehend erörtert worden, daß ich nur wenig hinzuzufügen habe. Ich will nicht auf die Complimente eingehen, die der Verwaltung und den Beamten der Bank gemacht worden sind, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß diese Beamten in jeder Minute vom Staat entlassen werden können. Dann möchte ich auf die betreffenden Auslassungen entgegnen, daß, wenn wir überhaupt gegen das Bankinstitut in seiner monopolisirten Gestalt uns aussprechen müssen, dieselben Gründe, die uns dazu Anlaß geben, uns auch hindern, dieses Institut auszudehnen. Und nun komme ich auf einen Punkt, der meines Wissens in der Debatte noch nicht berührt worden ist. M. H.! Der Handelsstand und die Industrie werden wohl am besten wissen, wohin ihre Interessen sich richten, und Niemand hat behauptet, oder nachzuweisen gesucht, daß sie nicht im Stande wären, ein eigenes Bankinstitut sich zu gründen. Ich, meinestheils, halte es für sehr leicht und ausführbar, daß einige große Firmen, die berliner an der Spitze, eine Actienbank in Hamburg gründen; es giebt genug Leute in Berlin, die es können, die es verstehen und die Mittel dazu haben. Daß das zu gründende Institut durchaus eine Zettelbank sein müsse und nur als solche mit Nutzen und Vortheil wirken könne, ist ebensowenig nachgewiesen, oder behauptet. Ich meine, m. H., daß eben ein immenser Vortheil darin liegt, wenn wir das zu gründende Institut auf den Weg der Selbsthilfe verweisen; das Monopol vermag nichts, als die Entwickelung zu hemmen. Freilich spricht man davon, daß die Bankfilialen eine große Centralisation der Geldmacht bewirken werden. Aber, m. H., eine Centralisation der Geldmacht in den Händen des Staats führt nicht zu einer gesunden Entwickelung des Handels und der Industrie, sondern hemmt dieselbe, und ich möchte wohl wissen, wie der Handelsstand selbst diese Frage auffaßt. Mir scheint es, daß wir ein dringendes Interesse haben, dagegen zu operiren, daß der Staat alle Geldmittel in seine Hände bekomme. Denken Sie daran, daß er die Eisenbahnen und die Kanäle besitzt, erwägen Sie, wie gewaltig schon jetzt der Staat in Handel und Industrie eingreift, und fügen Sie diesen alten nicht noch neue Bedingungen hinzu: zur Blüthe der commerciellen und Gewerbsthätigkeit führt dies nicht, und wenn der Handelsstand selbst so schlecht seinen Vortheil verstände, so ist es unsre Pflicht, ihn von unrichtigen Bahnen zurückzuhalten. — M. H! Die Maßregel hat ganz gewiß auch ihre politische Seite. Wir stehen inmitten eines schweren Verfassungskampfes. Wenn ich nun auch zugeben wollte, daß die Interessen des Handelsstandes die Etablirung der gedachten Bankfilialen erfordern, so habe ich diese Interessen doch in Verhältniß zu bringen mit dem großen Allgemeinen und da muß ich wahrlich mir sagen, daß es nicht blos politische, sondern auch sehr materielle Interessen sind, welche von einem glücklichen Ausgange unseres Verfassungskampfes abhängen.

Ich meine also, daß die Sonderinteressen von der allgemeinen Lage nicht losgelöst werden und auf besondere Berücksichtigung nicht Anspruch machen dürfen, und wenn dieser Fall hier vorliegt, so habe ich auch wohl noch ein Recht zu fragen, welchen Männern die Ausführung des Projects anvertraut ist, welches möglicherweise ihnen die Mittel in die Hand giebt, sich der Anerkennung unseres Budgetrechts noch fernerhin zu entziehen. Wollen Sie der Staatsregierung die Möglichkeit gewähren, durch eine unbegrenzte Noten-Emission sich die Mittel für die Zwecke zu verschaffen, die sie im Auge hat. Noth, sagt man, kennt kein Gebot, und wir haben auch sonst wohl vom Ministertisch ein Wort über die „Existenzfrage" fallen hören. Die Existenzfrage, m. H., ist gewichtig, sie kann wohl über die Bankordnung forthelfen, setzt man sich doch über die Verfassung fort. Wird man die Bankordnung mehr respectiren, als die Verfassung? Wird man das Commerz-Collegium mehr respectiren als die preußische Volksvertretung? — Man hat alsdann, m. H., von einem großen Einfluß gesprochen, der in Deutschland zu gewinnen ist, von Hegemonie u. s. w. Nun, ich meine, daß dies einigermaßen durch den Zollverein vorbereitet worden ist lange, ehe dies Ministerium an's Ruder kam. Und dann muß ich offen gestehen: ich habe kein Vertrauen zu diesem Ministerium, daß es den Einfluß, den es auf diese Weise gewinnen könnte, zu großen, guten, nationalen Zwecken, wie wir dies wohl wünschen, benutzen möchte; viel eher glaube ich, daß dieser Einfluß und die vermehrte Macht, die wir ihm in die Hände geben, im innern Kampfe gegen uns und die Verfassung verwendet werden wird. — Und nun noch ein Wort gegen die Herren von der conservativen Partei. Unsere Wähler, m. H., wollen, daß wir den Verfassungskampf durchführen, aber sie wissen zugleich, daß er nicht durchgeführt werden kann, wenn die Betheiligung des Landes nicht eine allgemeine ist, und daß es bei diesem Kampfe nicht in unserer Macht steht, von den Einzelnen ein Opfer dieser, oder jener Interessen fern zu halten. Aber wir haben so viel Vertrauen zu unseren Wählern, daß sie sich dadurch nicht abhalten lassen, ihrer Sache treu zu bleiben, und daß sie sich dabei bescheiden werden, ihr Geschick auf's Engste verknüpft zu sehen mit dem des Landes. Was nun die große liberale Partei anbetrifft, so kann in ihr ein Kampf um auseinandergehende Interessen für einen Augenblick wohl den richtigen Blick trüben; aber eine Partei wie die unsrige, steht nicht blos für solche Interessen ein, sondern für die ganzen großen Prinzipien des modernen Staatslebens, ihre innere Einigkeit ist bedingt durch ihr gemeinsames Einstehen für die bewegenden Ideen der Zeit.

Wenn aber die conservative Partei einmal dazu käme, daß ihre Interessen auseinandergingen, dann, m. H., wäre sie verloren, denn sie wird ja eben nur durch Interessen zusammengehalten. Deshalb ist es begreiflich, daß Sie (zu den Conservativen) die Spaltung der liberalen Partei so sehr betonen. Aber täuschen Sie sich nicht; uns hält das Band des Princips, das Band der inneren Idee und wenn hier und dort die Kämpfer auch einmal auseinandergehen, so bedarf es nur eines Signalrufs und als solcher gilt namentlich der Triumph der Conservativen, um uns sämmtlich wieder unter der alten gemeinsamen Fahne zu versammeln. (Lebhafter Beifall.)

Reg.-Commissar Bankpräsident Dechend: Ich glaube nicht, daß es ersprießlich sein kann, bei dieser Frage immer wieder das Gebiet der Politik hineinzuziehen. Die Bank hat glücklicherweise mit der Politik bis jetzt gar nichts zu thun gehabt und ist gerade das einzige Terrain gewesen, von dem die Politik fern blieb. Was das Amendement Michaelis, Faucher und Genossen betrifft, so verkennt die Regierung keineswegs die Wichtigkeit und Nothwendigkeit, das Verhältniß zwischen Noten und Baar genau im Auge zu behalten, aber sie hat auch gewichtige und zwar praktische Gründe, die ihr eine gesetzliche Veränderung der darauf bezüglichen Bestimmungen schon jetzt bedenklich erscheinen lassen, und ich will den Beweis für die Richtigkeit dieser Gründe in Zahlen geben. Die Herren beantragen als Maximum der ungedeckten Notenemission 60 Mill. Thlr. Wir haben schon mehrere Fälle gehabt, wo wir ganz nahe an dieser Grenze waren. Wir haben im Jahre 1863 ultimo Juni 57 Mill., im Jahre 1864 sogar 61 Mill. Differenz ungedeckt gehabt. Es waren aber trotzdem im ersten Jahre die Verhältnisse für die Bank durchaus günstig und es lag nicht entfernt eine Ursache vor, wegen unseres Baarvorrathes in Besorgniß zu sein, und wir würden damals unverantwortlich gehandelt haben, wenn wir aus dem Grunde, weil wir möglicherweise diese Differenz noch überschreiten könnten, Maßregeln getroffen hätten, die dem Lande nur geschadet hätten. Denn jeder Praktiker, m. H., — freilich nicht jeder Theoretiker — weiß, daß diese Mehrausgabe von Noten ganz vorübergehend ist. Das Land hat gar nichts von diesem Unterschiede gemerkt, und ich glaube, es würde uns auch heute den größten Vorwurf daraus machen, wenn wir lediglich um eines durch Nichts bewiesenen theoretischen Satzes willen, daß bei 60 Millionen das Bedürfniß der Notenausgabe erfüllt sein müsse, schon jetzt eine solche Aenderung annehmen wollten.

Was die Eventualität betrifft, daß die Bankverwaltungs-Beamten jederzeit von der Staatsgewalt nach Belieben entlassen werden können, so sagt der betreffende Paragraph der Bankordnung gerade das Gegentheil; die Beamten werden lebenslänglich angestellt. — Wenn man schließlich von der schwerwiegenden Garantie gesprochen hat, die der Staat für die Bank auf sich nimmt, so muß man andererseits doch auch nicht die gewaltigen Vortheile außer Acht lassen, die der Staat von der Bank zieht und die hauptsächlich die Folge der besonderen Vorrechte dieser Bank sind. So betrug beispielsweise die Einnahme des Staates von der Bank im vorigen Jahr etwas mehr wie das ganze Kapital, welches er überhaupt in der Bank hat, wie ich denn glaube, daß seit seinem Bestehen der Staat kein vortheilhafteres Geschäft gemacht hat, als das mit der Bank.

Handelsminister Graf Itzenplitz: M. H.! Man hat immer von Staatsbanken gesprochen, die preußische Bank ist aber gar keine eigentliche Staatsbank, sondern, wie gestern ganz richtig gesagt worden, eine Bank von ganz besonderer, „abnormer" Einrichtung. Eben diese Abnormität aber, daß ihre Verwaltung unter der Theilnahme von Aktionären geschieht, hat, denke ich, einen ganz außerordentlichen Werth, und sie bringt es mit sich, daß ich hier nicht frei dastehe, wie bei jeder anderen Gesetzesvorlage, sondern als Vertreter eines Instituts, dessen Antheilhaber mit dem Staate einen Vertrag geschlossen haben. Die Bankverwaltung selbst hat an dem Geldinteresse gar keinen Antheil, sie übt gewissenhaft ihr Amt und ihre Pflicht und ihre Ehre zwingen sie, bei ihrer alten Solidität zu bleiben. Und die Aktionäre, welches Interesse könnten die denn haben, plötzlich zu schwindlerischen Unternehmungen vorzugehen und dabei ihr eigenes Vermögen aufs Spiel zu setzen? Dieser Sachlage gegenüber sehe ich wirklich in der That für alle die hier so vielfach geäußerten Befürchtungen und Gefahren auch nicht den geringsten factischen Grund. — Schließlich muß ich mich wiederholt sowohl gegen das Amendement Faucher, dessen Maximalsumme von 60 Millionen eine durchaus willkürlich gegriffene ist, sowie gegen das Amendement der Commission zu § 1 auf das Entschiedenste erklären. Ihrem Vorschlage zu § 2 kann ich beistimmen, dagegen das Amendement Overweg nicht acceptiren. Es handelt sich nicht darum, eine Stadt mehr zu gewinnen, sondern das Institut muß die fortdauernde Befugniß haben, dahin zu gehen, wo es glaubt dem Interesse der preußischen Bank am Besten dienen zu können. In welcher Art das sein kann, das läßt sich durchaus nicht vorher bestimmen. Ich muß die Annahme dieser Amendements einer Verwerfung der Vorlage für gleich achten.

Die allgemeine Discussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Unruh (gegen Wagener): Ich bin es gewohnt, daß meine Worte

mündlich, oder auch gedruckt, unter dem Zeichen des Kreuzes verdreht werden. So ist es auch heute geschehen. Ich habe den stenographischen Bericht über meine gestrige Rede in der Hand. (Redner verliest die betreffende Stelle aus dem stenographischen Bericht.) Daraus geht deutlich hervor, daß ich den Ruin der preußischen Finanzen nicht wünsche, und deshalb gegen die Vorlage stimme.

Abg. Laßwitz: Nach der gestrigen Rednerliste hatte der Abg. für Glaz (Lent) die vierte Stelle hinter mir, heute ist er mit einemmale um vier Mann vorgerückt. Wenn es im Hause Usus ist, daß man sich für einen Antrag einschreiben lassen und doch gegen denselben sprechen kann, so werde ich mir erlauben, künftig von diesem Usus Gebrauch zu machen.

Präs. Grabow: Diese Praxis kann ich unter keinen Umständen gut heißen. Ich hoffe, daß der Abg. meinem Rathe folgen und von diesem Usus keinen Gebrauch machen wird. (Heiterkeit.)

Abg. Laßwitz: Ich habe nur gefragt, ob von der bisherigen Praxis abgewichen werde.

Präs. Grabow: Und ich habe diese Abweichungen gerügt und werde sie immer rügen.

Zum Schluß erhält noch der Berichterstatter das Wort.

Referent Abg. Röpell erklärt, daß er von Anfang an gegen die Vorlage gewesen, er rechtfertigt den Standpunkt und die Anträge der Commission, und beleuchtet namentlich die Motive des Abg. v. d. Heyd. Die Bank feiere am 17. Juni d. J. ihr hundertjähriges Jubiläum, der Wunsch Friedrichs des Großen, ihres Gründers, ein gemischtes Institut herzustellen, sei unrealisirbar gewesen, sie mußte eine Staatsbank werden. Die Geschichte dieses Instituts weist im Jahre 1805 einen Bankerott nach, der durch den Krieg noch drückender geworden und erst 1845 waren die Nachwehen davon gehoben, so daß 1846 eine Neugestaltung vorgenommen werden konnte. Es ist richtig, das Institut heißt „Preußische Bank", aber sehen Sie die Bankordnung an, so werden Sie finden, daß der Staat mit bedeutenden Summen dabei betheiligt, daß die Bank unter den Staat gestellt ist. Die Bankordnung hat schon einige Novellen (1847 und 1856) erfahren, eine solche Novelle ist auch der uns heute vorgelegte Entwurf. — Redner kommt nun zu einem Vergleich zwischen den bestehenden Privatbanken und der preußischen Bank und hofft auf weitere Begünstigungen der ersteren.

Leider sind die dabei von ihm gemachten Zahlenangaben auf der Journalisten-Tribüne nicht verständlich. Es entstehe, bemerkt der Redner bei dem Resumé der Debatte die Frage, ob Gründe vorhanden seien, von dem bisher beobachteten Prinzip der Abgesondertheit der Bank abzugehen. Bisher, seit 100 Jahren, habe sich die Bank auf Preußen beschränkt, diese Beschränkung liege in der Natur des Bankgewerbes, welches engere Gränzen habe, als das kaufmännische Gewerbe. Die richtige Kenntniß des Terrains, auf welchem die Verkehrsmittel der Bank circuliren, sei ganz unerläßlich für die Solidität der Bank; die Staatsbanken haben als natürliche Gränze die Landesgränze für den Einkauf und Verkauf ihrer Effecten. Von Seiten des Ministertisches nennt man als Motive für das Aufgeben des bisherigen Prinzips: den natürlichen Fortschritt, die Solidität der Bankverwaltung, welche vor Gefahren schützt, und die Verstärkung des Bankkapitals, Gewinnvermehrung und Erfüllung der Wünsche des Handelsstandes. Diese Gründe sind von der Commission und in dem Berichte schon bekämpft worden. Neue Gründe für die Vorlage sind beigebracht in der Erklärung, daß eine Noten-Emission von 5 Millionen leicht gemacht sei, und in den Ausführungen des Abg. für Bielefeld. Neue Gegengründe haben die Reden des Abgeordneten für Mannsfeld, für Graudenz und für Berlin beigebracht. Der Referent schließt, indem er empfiehlt, die bisher inne gehaltenen Gränzen nicht zu überschreiten.

Man tritt hierauf in die Spezial-Debatte ein. Der Abg. Overweg zieht seinen gestrigen Antrag (Ausdehnung der Bankfilialen auf Bremen und Leipzig) zurück, desgl. Abg. v. Bunsen ein Amendement, dessen Inhalt nicht bekannt geworden ist.

Abg. Dr. Virchow beantragt nach § 2 folgenden § 3 einzuschalten: „Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Jahre 1871 außer Kraft." Dieser Antrag wird ausreichend unterstützt.

Abg. Parrisius (Brandenburg): Ich bin für die Regierungs-Vorlage und entschieden gegen jedes Amendement. Als die Vorlage eingebracht wurde, glaubte Niemand an eine Ablehnung, erst durch einige kleine Plänkeleien wurde die Vorlage an eine Commission gewiesen, und erst in dieser sind die verschiedenen politischen Gesichtspunkte aufgetaucht. Die Sache liegt einfach so; es hat sich das Bankinstitut das allgemeine Vertrauen erworben, und mir ist die Erfahrung lieber, als die Theorien, die auf Voraussetzungen der Zukunft berechnet sind. In der Handelswelt kommt es nicht auf Theorien, sondern auf Thatsachen an. Zur Beschränkung der Vorlage auf Hamburg rc. liegt keine Veranlassung vor.

Abg. Frhr. v. Gablenz (sehr schwer verständlich), erklärt sich gegen die Contingentirung, weil die Bankverwaltung ihre bisher beobachtete Vorsicht auch ferner beobachten werde.

Abg. Michaelis: Es ist eine eigenthümliche Erscheinung in der gegenwärtigen Debatte, daß von den Freunden der Regierungsvorlage den Gegnern vorgeworfen wird, es sei wunderbar, daß gegen ein so einfaches Ding solche Bedenken hervorgerufen würden. Der Abg. Parrisius hat die Einwendungen gegen die Vorlage als kleine Plänkeleien bezeichnet. Ich erwidere darauf, daß er als Bankpraktiker noch ein Neuling ist; er hätte die Geschichte der Bank studiren sollen, und er würde eingesehen haben, daß die Noten-Emission ihre Gefahren hat, und daß es seine Sache ist, wenn er diese Gefahren nicht sieht. Der Abg. Waldeck hat gesagt, er kämpfe mit Schatten, aber ich finde, daß er die Augen gegen die Gefahren zumacht, und wenn man das thut, so sieht man allerdings Schatten. Hr. Bank-Präsident Dechend hat im Namen der Actionäre der Bank gesprochen, der Hr. Minister als Vertreter der preußischen Bank; wo ist denn nur der Hr. Finanzminister geblieben, der die Garantien für die Bankanweisungen zu überwachen hat? Der Finanzminister hat die Uebernahme der Garantien nicht vertheidigt. Die Debatte hat zu erstaunlichen Aeußerungen geführt. Abg. Waldeck hat den Amendementsstellern vorgeworfen, daß sie die Bank bevormunden wollten. Indem wir die Ausgabe der ungedeckten Noten beschränken wollen, thuen wir nichts weiter, als daß wir der vom Staate zu übernehmenden Garantie eine bestimmte Grenze setzen wollen. Ist derjenige, für den dies geschehen soll, der Ansicht, daß dies eine Bevormundung sei, so kann er sich derselben entziehen dadurch, daß er auf die Bürgschaft verzichtet.

In Deutschland haben wir die Silberwährung, hierdurch wird ein Bedürfniß nach papiernen Umsatzmitteln künstlich erzeugt und die preuß. Bank hat dieses Bedürfniß bisher durch ihre Noten befriedigt. Daher ihr großer Silbervorrath. Nehmen Sie die Vorlage an, so werden die Noten der Bank nicht mehr Silber, sondern Wechsel vertreten. Hierdurch leistet die Bank einen Dienst ganz besonderer Art, der sich nach den Conjuncturen des Waarenmarktes und des Unternehmungsgeistes regulirt. Den hohen Discont halte ich nicht für ein Uebel; er ist eine Wohlthat, der niedrige Discont aber eine Gefahr, welche das Publikum trifft, ebenso wie die Solidität unseres Papiergeldes und das ist die größte Gefahr auf dem finanziellen Gebiete. Indem wir die Notenausgabe beschränken wollen, soll dafür gesorgt werden, daß die Noten Repräsentanten wirklich vorhandenen Geldes sind. Der Weg des Papiergeldes ist kein sicherer Weg; hüten wir uns, denselben weiter zu beschreiten, als die Erfahrung ihn unbedingt bewährt hat. Sie haben behauptet, daß die von uns aufgestellte Zahl eine willkürliche sei.

Nach dem Gange der Bankgeschäfte hat der Herr Bank-Präsident uns selbst auseinandergesetzt, daß die Bank nur ein einzigesmal das von uns festgesetzte Maximum überschritten hat. Es ist die Sache in der That nicht so einfach, wie die Herren behauptet haben. Denken Sie, welche Untersuchungen bei einer solchen Vorlage im englischen Parlament angestellt werden, und uns wollen Sie vorwerfen, daß wir diese Angelegenheit nicht im Wege der Schlußberathung abmachen wollen? (Hört, hört!) Mir kommt es nicht darauf an, eine populäre Sache zu vertreten; ich thue meine Pflicht, indem ich Ihnen meine Bedenken vortrage. Thäte ich dies nicht, so würde ich meine Pflicht verletzen. Und so muß ich Ihnen anheimstellen, für oder gegen meinen Antrag zu stimmen. (Bravo!)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, ich hätte nur als Vertreter der Bank gesprochen, so glaube ich, das nicht gethan zu haben, und hätte ich es gethan, so habe ich mich nur ungeschickt ausgedrückt. Ich habe sagen wollen, daß ich Staats- und Handelsminister bin, und daß ich das Gesetz als solcher eingebracht habe und als solcher verfechte, weil ich glaube, daß es dem ganzen Handel des Landes vortheilhaft ist. Ich habe dabei aber die bestehenden Verträge und Rechte zu achten, und daraus werden Sie mir keinen Vorwurf machen, da ich nur meine Schuldigkeit thue. Was den Finanzminister anbetrifft, so bemerke ich, daß kein Gesetz dem Hause vorgelegt wird, das nicht dem Staatsministerium vorgelegen hat. Dem Finanzminister ist das Gesetz vollkommen bekannt; wenn er Gefahren befürchtet hätte, so würde er widersprochen haben, denn seine Staatskasse liegt ihm so am Herzen, daß er überall die genauesten Erwägungen eintreten läßt. (Heiterkeit.) Deutschlands und Preußens Lage ist in dieser Sache eine andere, wie die von Frankreich und England. Wir sind über unser engeres Vaterland hinausgegangen, und haben den Zollverein zu Stande gebracht, und Sie haben sich damit einverstanden erklärt. Es ist hier die klare Analogie des Zollvereins. Das Amendement Virchow könnte auf den ersten Blick annehmbar erscheinen, denn hat sich die Sache nicht bewährt, so fällt sie von selbst zusammen; allein die Zeit von 6 Jahren ist doch zu kurz, um Erfahrungen zu sammeln, und aus diesem praktischen Grunde erkläre ich mich gegen das Amendement.

Die Debatte wird geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Waldeck: Ich habe nicht die Amendements eine Bevormundung genannt, sondern ausdrücklich gesagt, daß die Debatte einen vormundschaftlichen Standpunkt angenommen habe, und damit nur die Bedenken gemeint, welche den Geschäftsgang der Filialen als einen gefährlichen bezeichneten. Wenn der Abg. Michaelis sagt, daß ich die Augen geschlossen habe, so erwidere ich ihm, daß ich sie so weit wie möglich offen hielt, und doch keine Bedenken gegen die Vorlage finden konnte.

Abg. Parrisius (Brandenburg): Abg. Michaelis hat gesagt, ich wäre noch zu jung und nicht Praktiker genug in der Bankfrage. Man kann auch als gebildeter Mensch über diese Frage urtheilen, und als solcher habe ich geurtheilt.

Der Referent Abg. Röpell resümirt mit wenigen Worten die Debatte.

Präsident Grabow schreitet zur Abstimmung über § 1 und theilt folgende, vom Hause genehmigte Fragestellung mit: er will zuerst über das Amendement Michaelis, v. Hennig und Faucher abstimmen lassen (Contingentirung von 60 Mill.). Fall es verworfen wird, über die Regierungsvorlage und dann über den Commissionsantrages (Hamburg und Elbherzogthümer). Falls das Amendement angenommen werden sollte, so wird über § 1 der Regierungsvorlage, resp. des Commissionsantrages in Verbindung mit dem Amendement abgestimmt. Graf Schwerin vertheidigt diese Fragestellung, Hr. v. Unruh widerspricht ihr und wünscht im letzteren Falle zuerst den Commissionsantrag und dann die Reg.-Vorlage zur Abstimmung gebracht zu sehn. Es entsteht darüber eine lebhafte Discussion, Graf Schwerin vertritt die „Logik" in der Fragestellung des Präsidenten, Abg. Faucher weist darauf hin, daß eben über die „Logik" Streit sein könne und daß unsere Geschäftsordnung im Gegensatz zu der des englischen Unterhauses aller Vorschriften über die Fragestellung als das Mittel, die wahre Meinung der Majorität zu trahiren, entbehre.

Bei der Abstimmung wird das Amendement Michaelis, v. Hennig und Faucher mit einer nicht unerheblichen Majorität angenommen (von der Fortschrittspartei stimmen Waldeck, Reichenheim und Parisius gegen, von dem linken Centrum eine große Anzahl von Mitgliedern für dasselbe, desgleichen die Mehrzahl der katholischen Fraction).

Der § 1 der Reg.-Vorlage in Verbindung mit dem so eben angenommenen Amendement (Filialen in ganz Deutschland, 60 Mill. ungedeckte Noten) wird mit einer starken Majorität verworfen.

Der § 1 des Commissions-Entwurfs in Verbindung mit dem Amendement (Filialen in Hamburg und in den Elbherzogthümern, 60 Mill. ungedeckte Noten) wird ebenfalls verworfen. Das mit Rücksicht auf die gestrige Sitzung überraschende Resultat ist also die Verwerfung der Vorlage in jeder Gestalt; der Abg. Wachsmuth erklärt sich nachträglich durch die Abstimmung mit seiner wahren Willensmeinung für präcludirt. Im Hause herrscht große Bewegung und Unruhe, da das Resultat der Abstimmung für viele Mitglieder ein durchaus unerwartetes zu sein scheint. Bankpräsident Dechend verläßt das Haus, viele Abgeordnete thun dasselbe. Es dauert lange, bis der weitere Verlauf der Sitzung verständlich wird, und das Interesse für dieselbe im Hause wiederkehrt.

Es folgt der Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend das Güterrecht der Ehegatten im Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein. Der Berichterstatter Abg. v. Beughem empfiehlt mit kurzen Worten die Annahme der Commissionsvorschläge. Der Justizminister Graf zur Lippe erklärt sich damit einverstanden. Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte angenommen.

Demnächst folgt der mündliche Bericht des Abg. v. Unruh als Referent der Handels-Commission über die Uebersicht, betreffend den Fortgang des Baues, beziehungsweise die Ergebnisse des Betriebes der preuß. Staatsbahnen im Jahre 1863.

Abg. v. Unruh begründet und vertheidigt bei großer Unruhe des Hauses seinen Antrag: „Das Haus wolle beschließen, der königl. Staatsregierung die vollständige Durchführung doppelter Bahngeleise auf allen, große Verkehrslinien bildenden Staatseisenbahnen, sowie die Verlegung der Verbindungsbahn in Berlin nach dem jetzigen Umfange der Stadt hin zu empfehlen."

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich habe immer nach dem Princip verfahren, daß es nicht darauf ankommt, ob der Staat oder eine Privat-Gesellschaft eine Bahn baut, wenn sie nur überhaupt gebaut wird. Doch kommen hierbei Umstände in Betracht, die es durchaus nothwendig machen, daß wenigstens eine gewisse Anzahl von Staatsbahnen vorhanden sei. (Redner führt aus dem vergangenen Jahre einige Beispiele an, wo bei Mißrathen einiger Getreidearten deren Zufuhr auf Staatsbahnen ohne Zeitverlust bewerkstelligt werden konnte.) Mit dem Umbau der berliner Verbindungsbahn bin ich nicht blos einverstanden, sondern es sind bereits die Pläne gemacht; ich habe mich ferner mit dem Finanzminister in Verbindung gesetzt und correspondire deshalb mit dem Magistrat. Die Sache ist also bereits dem Abschlusse nahe, und ich werde mir vielleicht schon in dieser Session erlauben können, für die dazu erforderlichen Kosten ein Anleihegesetz von drei Millionen Thalern dem Hause vorzulegen. (Große Heiterkeit.)

Nach einer Bemerkung des Regierungs-Commissars, der versichert, daß die Regierung den Nutzen und die Wichtigkeit der doppelten Eisenbahngeleise vollständig anerkenne und den Rath der Commission berücksichtigen werde, begründet der Abg. Ziegert sein Amendement, welches dahin geht, die von dem Handelsministerium vorgelegte Uebersicht über den Fortgang des Baues rc. der Staatseisenbahnen im Jahre 1863 unter Anerkennung der gewonnenen Resultate für erledigt zu erachten.

Das Haus tritt diesem Antrage bei und erklärt den Betriebsbericht der Regierung für erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betreffend die Abgabe von allen nicht im Besitze des Staates oder inländischer Gesellschaften befindlichen Eisenbahnen. Abg. Gneist erklärt sich für Ablehnung der Vorlage.

Abg. Stavenhagen: Die Ablehnung der Vorlage käme auf Principienreiterei hinaus.

Bei der Abstimmung wird § 1 und damit das ganze Gesetzt abgelehnt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist das Gesetz, betr. die Regulirung der schlesischen Zehntverfassung.

Abg. Münzer erklärt sich im Prinzip mit der Vorlage einverstanden, vermißt indessen bei derselben, wie in dem Bericht des Herrenhauses, genügende factische Begründung für die vorgeschlagenen Bestimmungen. Die Zehntverfassung sei ein Odium, welches aus der Welt geschafft werden müsse, die Vorlage sei aber nicht das Mittel, welches zu diesem Zwecke führe.

Abg. Gringmuth erklärt sich gleichfalls gegen die Vorlage.

Abg. Wachler hat die Vertagung der Debatte, resp. den Namensaufruf zur Feststellung der Beschlußfähigkeit des Hauses beantragt. Die Vertagung wird abgelehnt und der Namensaufruf vorgenommen. Es ergiebt sich die Anwesenheit von nur 134 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig und muß daher nach 4 Uhr die Vertagung der Debatte eintreten. Die nächste Sitzung soll am Dinstag um 10 Uhr stattfinden.

O. C. [Die Mitglieder der zur Berathung der allgemeinen Wegeordnung gewählten Commission] sind folgende: Für Preußen: v. Saucken (Gerdauen), Buchholz, Papendieck. Für Pommern: Graf Schwerin, v. Denzin, Hinrichs. Für Brandenburg: Lette, Dr. Müller, Dr. Jablonski. Für Sachsen: Bering, Pieschel, Stefann. Für Schlesien: Nitschke, Aegerter, Münzer. Für Posen: v. Leipziger, v. Chlapowski, Kantak. Für Westfalen: Schütte, Löwe (Bielefeld), Versen. Für die Rheinprovinz: v. Hilgers, André, Bresgen. — Vorsitzender ist Gr. Schwerin, Stellv. Lette, Schriftführer Kantak, Stellv. Pieschel.

[Die Mitglieder der zur Berathung des Berggesetzes gewählten Commission] sind: Harkort I. (Vors.), v. Carnall (Stellv.), Dr. Hammacher (Schriftführer), Lent (Stellv.), Frech, Kropf, Immermann, Otto, Kerst, Overweg, Dr. Becker, Gr. Bünau, v. Carlowitz, Versen, Westermann, Brabender, v. Beughem, Rey, Sello, Kreutz, Hoffmann (Ohlau).

---

**Berlin**, 1. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Provinzial-Rentmeister, Domainen-Rath Filbry zu Münster, den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, sowie dem Kreisgerichts-Kanzlisten Carl Keller zu Rheine und dem Zeughaus-Büchsenmacher Büllbrink beim Artillerie-Depot zu Königsberg in Preußen das allg. Ehrenzeichen; ferner dem Regierungs- und Baurath Wesener zu Minden bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Regierungsrath; und dem Kreis-Physikus, Sanitätsrath Dr. Weese in Thorn den Charakter als Geh. Sanitätsrath zu verleihen; den seitherigen Director Jungklaaß an dem evangelischen Schullehrer-Seminar in Steinau zum Regierungs- und Schulrath; sowie den Landgerichts-Assessor Freiherrn Eduard v. Broich zum Landrathe des Kreises Malmedy, im Regierungs-Bezirk Aachen, zu ernennen; und dem practischen Arzt rc. Dr. Barth in Aachen den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Der bisherige Gerichts-Assessor Szczasny in Kosel ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Kosel und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Ratibor, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kosel, ernannt worden. — Der Regierungs- und Schulrath Jungklaaß ist an die königliche Regierung in Bromberg versetzt worden. — Dem Ober-Lehrer Dr. Johann Friedrich Otto Nasemann an der Realschule der Franckeschen Stiftungen zu Halle an der Saale ist der Professor-Titel verliehen worden. — Der Sanitätsrath Dr. Zimmermann in Thorn ist zum Kreis-Physikus des Kreises Thorn ernannt worden. — Der bisherige Hilfslehrer am Seminar zu Eisleben, Gustav Adolph Oberfeld, ist als dritter Lehrer am Seminar zu Elsterwerda angestellt worden. — Dem ordentlichen Lehrer Dr. Bech am Gymnasium zu Zeitz ist das Prädikat Oberlehrer beigelegt worden.

[Bekanntmachung.] Das mittelst Bekanntmachung vom 23. November v. J. ausgesprochene Verbot des Debits der in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitschrift: „l'Europe" wird hierdurch wieder aufgehoben.

Berlin, den 31. März 1865.

Der Minister des Innern. Graf zu Eulenburg. (St.-A.)

[Tages-Ordnung für die nächste Sitzung des Abgeordneten-Hauses] am Dinstag Vormittags 10 Uhr: 1) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Commission für Agrar-Verhältnisse über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Regulirung der schlesischen Zehnt-Verfassung. 2) Zweiter Bericht der Commission für das Gemeindewesen über Petitionen. 3) Dritter Bericht der Commission für das Gemeindewesen über Petitionen. 4) Vierter Bericht der Commission für das Gemeindewesen über Petitionen. 5) Erster Bericht der Commission für das Unterrichtswesen über Petitionen.

[Der Abgeordnete Herr v. Carlowitz] beabsichtigt, aus Gesundheitsrücksichten, sein Mandat niederzulegen.

[Die Abstimmung über den Michaelis'schen Antrag.] Der stenographische Bericht giebt über die namentliche Abstimmung am 28. März bezüglich des Antrages des Herrn Abg. Michaelis und Genossen folgende nähere Auskunft:

Mit Ja antworteten: Arnold. Behm. Dr. Beitzke. Bellier de Launay. Dr. Bender. Bertelsmann. v. Bockum-Dolffs. Boeck. Bresgen. v. Carlowitz. Caspers. Chomse. Dahlmann. Dr. Diesterweg. Donalies. Duncker. Dr. Eberty. Ebhardt. Dr. Faucher. Förster. Forstmann. Frech. Frentzel. Dr. Frese (Minden). Frommer. Gerlich. Gerth. Gortzitza. Groote. Haebler. Hahn (Wetzlar). v. Hennig. Herrmann. Hirschberger. Hoppe. Freiherr v. Hoverbeck. Dr. Jacoby. Immermann. John (Marienwerder). Dr. John (Labiau). Jung. Dr. Kalau von dem Hofe. Kerst. Kleemann. Klotz. Dr. Kosch. Krieger (Goldap). Krieger (Berlin). Kyll. Dr. Langerhans. Larz. Laßwitz. van der Leeden. Leue. Löwe (Bielefeld). Dr. Lüning. Lasker. May. Mellien. Meibauer. Dr. Moeller. Dr. Mommsen. Mühlenbeck. Dr. Müller (Arnswalde). Papendieck. Parisius (Gardelegen). Parrisius (Brandenburg). Dr. Paur. Plehn. Post. Prince Smith. Dr. Freiherr v. Proff-Irnich. Pruß. Qual. Rassauf. Rey. Riesenstahl. Riel. Römer. Roepell. Roggen. Rolshofen. Runge. v. Saucken (Gerdauen). v. Saucken-Tarputschen. Schiebler. Schmidt (Randow). Schroeder. Schulze (Seehausen). Schulze (Berlin). Schumann. Freiherr v. Seydlitz u. Kurzbach. Dr. Siemens. v. d. Straeten. Taddel. Teuchert. Dr. Uhle. v. Unruh. Baron v. Vaerst. v. Valentini. Dr. Virchow. Wachsmuth. Waechter. Dr. Waldeck. Weese. Wilke. Zacher. Ziegler. (Hundert und acht.)

Mit Nein antworten: Aegerter. Albers. Allnoch. André. v. Arnim. Aßmann. Auffermann. v. Aulock. Austen. Bassenge (Lüben). Bassenge (Lauban). Baur. Dr. Becker (Dortmund). Becker (Simmern). v. Benda. Berger. Bering. Berndt. Bertram. Graf Bethusy-Huc. v. Beughem. v. Blanckenburg. Blochmann. Graf v. Blumenthal-Suckow. Boecking. v. Bolewski. v. Bonin. Bonzel. Boesche. Brabaender. Buchholz. Graf v. Bünau. Dr. v. Bunsen. v. Busse (Neusteitin). v. Busse (Namslau). Dr. v. Carnall. v. Chlapowski. Graf v. Cieszkowski. Cornely. v. Denzin. Deutz. v. Diederichs. Dopfer. Drabich. Ellerling. v. Elsner. v. Ernsthausen. Graf zu Eulenburg. Foitzick. Frantz. Fanck. Frehsee (Fürstenthum). Froning. Dr. Fühling. Freiherr v. Gablenz. Geisdorf. Dr. Gneist. v. Goßler. Grabow. Gringmuth. Grobe. Großmann. Haacke (Stendal). Haanen. Graf v. Haacke (Barnim). Haeger. Hahn (Ratibor). Dr. Hammacher. Harkort I. Henrici. Frhr. v. Hilgers. Hinrichs. Hobbeling. Hoffmann (Jüterbogk). Hoffmann (Ohlau). Hübner. Dr. Hummel. Dr. Hüffer. Dr. Jablonski. Jaensch. v. Jagow. Kannegießer. Kantak. Keller. v. Kirchmann. Kleinschmidt. von Kleinsorgen. Knoevenagel. Kratz (Gladbach. Dr. Krebs. Kreutz. Kropff. Kunde. Lenarz. Lent. Dr. Lette. Ludewig. Lubienski. v. Lyskowski. Machat. Marquardt. Mathis (Glogau). z. Megede. Metzmacher. v. Mitschke-Collande. Motty. Münzer. Nitschke. Nücker. Olbertz. v. d. Osten. Ottow. Overweg. Pannier. Pauli. Pelzer. Pischel. Graf v. Potulicki. Quoos. Rassow. Reichenheim. Reinhardt. Reverchon. Richter. Freiherr v. Richthofen. Riebold. Riemann. Ronde. Rumpf. Sachse. Schmidt (Paderborn). Schmidt (Elberfeld). Schnapka. Schneider (Wanzleben). Schneider (Sagan). Schoemann. Schollmeyer. Schulte-Westhoff. Dr. Schultz (Borken). Schulz (Herford). Schulze (Pyritz). Dr. Graf v. Schwerin-Putzar. Sehmsdorf. v. Selchow. Selten. Senff. Seubert. Dr. Simson. Stavenhagen. Steinmann. Stock. Graf von Strachwitz. Dr. Szumann. v. Saucken-Julienfelde. Thomsen. Freiherr v. Vincke-Olbendorf. Wachler. Wagener (Neustettin). v. Waldaw-Reitzenstein. Dr. Wantrup. Graf v. Wartensleben. Wartze. Dr. Weber. Wegner. Weltzel. Westermann. Weyzold. v. Weyher. Willich. Winkelmann (Recklinghausen). Winkelmann (Frankenstein). Woepke. Wolff (Leobschütz). Wolff (Halberstadt). Zapp. Dr. Ziegert. v. Zoltowski (Pleschen). v. Zoltowski (Buk). (Hundert und achtundsiebenzig.)

Gefehlt haben: Cetto, Danielewski, v. Gottberg, v. Guttry, Jüngken, Koehler, Dr. Libelt, Nehse, Dr. v. Niegolewski, Pilaski, Reichensperger, Dr. Respondek, v. Roon, Schlick (Memel), Schmiedicke, Sello, v. Stablewski, von Sulerczycki, v. Thokarski, Wagner (Stargardt). (Zwanzig.)

Krank: Engelbrecht, Hagen, Heyl, v. Kathen, Keuffel, Dr. Loewe (Bochum), Lucas, v. Rönne, Roesler, Rohden, Salfeldt, Twesten, Versen, von Zychlinski. (Vierzehn.)

Beurlaubt: Barre, Bleibtreu, v. Brockhausen, Coupienne, Dekowski, Graf Finck v. Finckenstein, v. Forckenbeck, Gawrecki, Freiherr v. d. Heydt, Janiszewski, Kratz (Schlawe), Kuhlwein, v. Leipziger, Dr. Metzig, v. Niebelschütz, Graf Pfeil, Graf Renard, Romahn, v. Saenger. (Neunzehn.)

Entschuldigt: Dr. Bernhardi, Harkort II., Lehmann, Michaelis, Osterrath, Pietzker, Stephann, Dr. Techow. (Acht.)

[Folgender Antrag] ist beim Abgeordnetenhause eingebracht von den Abgeordneten v. Tokarski und v. Lyskowski: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, dem königlichen Staatsministerium gegenüber die Erwartung auszusprechen, dasselbe werde: in Anerkennung des Bedürfnisses, daß den Polen Westpreußens Dasjenige verständlich wird, wovon sie Kenntniß zu nehmen verpflichtet, resp. berechtigt sind, die Anordnung treffen, daß alle Gesetze, Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Behörden in Westpreußen (Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder) neben der deutschen auch in polnischer Sprache veröffentlicht werden." Der Antrag ist von der polnischen Fraction unterstützt.

[Zum Commissionsantrage des Herrenhauses über die Coalitionsfrage] ist vom Grafen v. Krassow ein Verbesserungsantrag (??) gestellt, der empfiehlt, die Erhebung der Regierung über diese Frage abzuwarten, und das moralische Recht der Arbeiter stärker betont, auf Abschaffung der Sonntagsarbeit und auf Stärkung der gelockerten Familienbande hinweist.

[Freigebung.] Die confiscirte Nummer der „Montags-Zeitung" vom 21. November v. J. ist auf gerichtliche Verfügung freigegeben worden. Ebenso der „Komische Volkskalender für 1865 von Ad. Brennglas."

[Der mittelstaatliche Antrag.] Nach dem von der „Baier. Zeitung" und dem „Dresdn. Journal" veröffentlichten officiellen Text des mittelstaatlichen Antrags geht die „Erwartung" nur dahin, die Großmächte würden „das Herzogthum Holstein" dem Erbprinzen von Augustenburg nunmehr in eigene Verwaltung übergeben. Mit Bezug hierauf wird der „B. u. H. Z." von Wien geschrieben: „Eine zweifellos treue Abschrift des Antrags, die ich am Freitag in Händen gehabt, enthält die Worte „die Herzogthümer Schleswig und Holstein". Es hat also augenscheinlich noch im letzten Augenblick eine theilweise Um-Redigirung stattgefunden. Ich constatire, in Erwartung weiterer Aufklärungen, zunächst die Thatsache."

[Zur Arbeiterfrage.] Ungeachtet des gestern mitgetheilten schleunigen Personenwechsels, den der Präsident des „Allgem. deutschen Arbeitervereins" in der Person seines hiesigen Vertreters angeordnet hatte, fand gestern Abend doch die von dem bisherigen und nun abgesetzten Bevollmächtigten berufene Versammlung des Vereins statt, in welcher beschlossen wurde, zu erklären: 1) daß der „Social-Demokrat" nicht im Sinne und nicht nach den Prinzipien der Arbeiterpartei redigirt ist; und daß die jüngst ausgetretenen Mitarbeiter im Sinne und nach

den Prinzipien der Arbeiterpartei gehandelt haben; 2) daß die hiesige Gemeinde des „Allg. deutschen Arbeitervereins" beantragt, den Bernhard Becker (dem in dem Wortlaute des Beschlusses einige nicht eben zarte Ehrentitel im Style Lassalle's angehängt werden) aus dem Vereine auszuschließen, und 3) daß sie sich mit der Handlungsweise des bisherigen Bevollmächtigten Metzner einverstanden erklärt, und den von Bernhard Becker aufoctroyirten „Bevollmächtigten" Roller, (Expedient des „Social-Demokrat") nicht anerkennt. — Gegen diese Beschlüsse sprach und stimmte nur Herr Preuße.

[Erklärung.] Die „Berl. Ref." bringt folgende Erklärung:

An die Redaction der „Reform".

Aus den hierhin mir nachgeschickten Nr. 68 der „Reform" und Nr. 37 des „Social-Demokrat" ersehe ich, daß Herr v. Schweitzer verlegen und verlogen Versuche macht, um sich aus selbstbereiteten „holden Hindernissen" herauszuwinden. Habeat sibi! Ich erlaube ihm jedoch nicht, meine Erklärung vom 15. März, worin ich ihn einfach sich selbst schildern lasse, in eine Erklärung über Lassalle zu verdrehen. Die ungefähr 15 Jahre umfassende und in meinem Besitz befindliche Correspondenz Lassalle's mit mir entzieht es ganz und gar der Macht der Schweitzer und Consorten, unser persönliches Verhältniß zu entstellen, oder die Motive meiner neutralen Haltung zur Lassalle'schen Agitation zu verdächtigen. Was andererseits das Verhältniß der theoretischen Arbeiten Lassalle's zu den meinigen betrifft, so ist das Sache wissenschaftlicher Kritik. Zur Erörterung über den einen oder den anderen Punkt bietet sich später vielleicht die Gelegenheit. Unter allen Umständen aber verbietet mir die Pietät, derartiges zum Gegenstand der Zeitungspolemik mit Sykophanten zu machen.

Zalt-Bommel, 28. März 1865. Karl Marx.

Zur Theilnahme an der Jubelfeier der deutschen Burschenschaft] (Jena 15, und 16. August d. J.) sind alle ehemaligen Burschenschafter eingeladen, mögen sie in Jena oder auf anderen deutschen Universitäten studirt haben. Jeder, der Theil nehmen will, wird gebeten, solches bis zum 15. Juni dem Ausschuß schriftlich anzuzeigen, und zugleich als Kostenbeitrag zwei Thaler einzusenden, wogegen er eine Festkarte erhalten wird. Bei verspäteten Anmeldungen würde der Ausschuß für ein Unterkommen nicht einstehen können. Der Festausschuß besteht aus den Herren Prof. Scheidler, Prof. Schüler, Professor Karl Hase, Prof. Hildebrand, Oberbürgermeister Dr. Schenk, Rechtsanwalt Dr. Zerbst, Lehrer Dr. Wild, Professor Herm. Schäffer und M. Timler.

[Falsches Geld.] Wie schon bekannt, sind falsche Thaler- und Achtgroschenstücke im Umlauf. In den letzten Tagen hat man solche auch an den Theaterkassen, wenn der Andrang groß war, in Zahlung gegeben. Der falsche Thaler ist außer anderen Merkmalen an der bleigrauen Farbe und dem geringen Metallklange kenntlich. Bei den Achtgroschenstücken verräth das durchscheinende Messing die Unechtheit.

[„In Betreff Gutzkow's",] sagt der „Th.-Diener", „liegt uns ein Brief seiner Gattin vom 29. März vor, welcher schließlich sagt: „Ich bin glücklich, hinzufügen zu können, daß alle Aussicht vorhanden ist, den theuern Kranken in einiger Zeit ganz hergestellt zu sehen."

= **Berlin,** 1. April. [Polenprozeß.] In der gestrigen und heutigen Sitzung wurde das Verhör der Angeklagten fortgesetzt.

Der ehemalige Gutsbesitzer Valerian Peter v. Schedlin-Charlinski zu Blumenfelde (Offizirr bei der Seewehr des Seebataillons) schloß sich, nach der Anklage, im Mai 1863 den Insurgenten an. Ende Juli wurde er von der National-Regierung zum Chef der bewaffneten Macht des Kreises Lipno ernannt und Ende September mit dem Range eines Majors bekleidet. Er stand an der Spitze von 100—400 Mann und lieferte den Russen mehrere Gefechte. Auch für die Civilverwaltung soll er das unmittelbar ausführende Organ der National-Regierung gewesen sein, und hat als solches verschiedene Verfügungen ergehen lassen, unter dem von ihm angenommenen Namen: Piotr. Czarny (Peter der Schwarze). Der Angeklagte war der Thatsachen offen geständig. Er erklärt, daß er später seine Verbindung mit der Nat.-Regieruug aufgegeben, da er sich überzeugt habe, daß er für die Sache augenblicklich nicht mehr von Nutzen sein konnte. Er sei dem Befehle der preußischen Behörden nachgekommen, sich bei der Marine zu stellen und auf seiner Reise nach Danzig sei er verhaftet worden. Wäre er freigekommen, so würde er wieder nach Polen zurückgegangen sein, wohin ihn eine erneute Aufforderung der National-Regierung gerufen habe, denn daß er an dem Kampfe gegen die Russen Theil genommen, werde er nie leugnen, eben so wenig, daß er jede Gelegenheit ergreifen werde, wo er die Russen „hauen" könne. Seine Absicht sei es gewesen, die Russen aus den ihn zugefallenen polnischen Provinzen zu vertreiben, gegen Preußen hätte er nie eine feindselige Absicht gehabt. Es sei ihm der gemessenste Befehl geworden, die preußischen und österreichischen Grenzen zu respectiren und das Eigenthum zu achten — sogar bei Todesstrafe jeden Uebergriff zu ahnden. Mit preußischem Militär sei er nie in Conflict gerathen, und seine innerste Ueberzeugung sei die, daß die Insurrection sich nie auf Preußen häite erstrecken können.

Der Bruder dieses Angeklagten, der Wirthschaftsbeamte Stanislaus v. Czarlinski, hat während des Aufstandes als Unterlieutenant unter seinem Bruder (welcher 4 Jahre jünger ist, als er) gedient. Der Angekl. gestand dies zu. Unter den übrigen, bisher noch nicht erwähnten Angeklagten, verdient noch der Kaufmann Alfred Leski aus Rothfließ bermerkt zu werden. Derselbe erhielt im Frühjahr 1864 von dem Waffenhändler Brown in Brüssel den Auftrag, eine Waffensendung von Tilsit aus nach Passenheim im Kreise Ortelsburg zu befördern. Bei dieser Gelegenheit wurde er verhaftet, es gelang ihm jedoch, am 27. Mai aus dem Gefängniß zu entweichen. Er wurde, als er auf der Flucht das Dorf Giesewen passirte, von einem dortigen Einwohner erkannt, der dem Ortsschulzen von seiner Wahrnehmung Anzeige machte. Letzterer ließ ihn verfolgen und der Angekl. soll bei dieser Gelegenheit auf einen gewissen Deptulla, der sich unter den Verfolgern befand, mit seinem Terzerol in der Absicht, jenen zu tödten, gefeuert haben. Die Kugel hat indessen nur die Jacke des Deptulla gestreift. Der Angekl. erklärt, daß er die Flucht aus dem Gefängnisse nicht etwa im Bewußtsein einer Schuld, sondern aus Rücksichten für seine Gesundheit unternommen habe. Nicht er habe geschossen, sondern es sei von seinen Verfolgern auf ihn geschossen worden; bei dieser Gelegenheit habe sich ohne sein Zuthun sein Terzerol entladen und den Deptulla getroffen. Letzterer und sein Begleiter hätten ihn durch Säbelhiebe und Kolbenstöße entletzlich gemißhandelt. — Der Barbier Peter Ryffert zu Posen wird von der Anklage als ein eifriger Anhänger der polnischen Sache geschildert. Bei ihm wurden viel Druckschriften, Flugblätter 2c. gefunden, die er zur Vertheilung erhalten hatte. Er soll namentlich als Werbeagent fungirt haben. Der Angekl. bestritt dies, wie er auch bestritt, dem Redacteur der „Posener Zeitung", Dr. Jochmus, eine vorsätzliche Mißhandlung auf der Straße zugefügt zu haben, obwohl er bestimmt recognoscirt worden ist. Er soll dem Dr. Jochmus feindlich gesinnt gewesen sein, weil die „Posener Zeitung" sich stets gegen die Bestrebung der polnischen Actionspartei ausgesprochen. — Die Thatbestände, welche gegen die wenigen noch übrigen Angeklagten vorliegen, sind ohne alles nähere Interesse. Die Vernehmung sämmtlicher Angeklagten ist beendet, in der nächsten Sitzung — Dinstag — wird mit der Beweisaufnahme begonnen werden. Wir kommen auf die wenigen, noch übrigen Thatbestände bei den Plaidoyers näher zurück.

**Königsberg,** 1. April. [Beschlagnahme der „K. H. Z."] Die „Königsb. H. Z." schreibt: Wir wurden gestern durch eine Beschlagnahme unserer Zeitung überrascht, die nicht weniger als fünf Nummern umfaßte: 14, Beilage zu 66, 67, Beil. zu 69 und 72. Gegen 6 Uhr Nachmittags erschien in dem Redactionsbureau der confiscirende Beamte in Begleitung eines Gendarmen und legte dem Redacteur eine schriftliche Ordre des Oberstaatsanwalts v. Batocki an das Polizeipräsidium vor, in welcher die erwähnte Maßregel verfügt war. Als Grund bezeichnete diese Ordre die Aufnahme mehrerer Berichte über das letzte Schwurgericht, welche gegen § 48 des Preßgesetzes verstoßen sollen. Nach letzterem dürfen die Namen der Geschworenen in Zeitungen nur bei der Mittheilung über die Bildung des Schwurgerichts genannt werden. Die hiesige Oberstaatsanwaltschaft scheint gegenwärtig diesen Paragraph anders interpretiren zu wollen, als dies seitens der öffentlichen Blätter und der confiscirenden Behörden seit Existenz des Preßgesetzes geschehen ist. — Die gestrige Beschlagnahme ist die sechszehnte unseres Blattes. — Dasselbe Schicksal wurde gestern auch der „Ostpreußischen Zeitung und offiziellem Anzeigeblatte" zu Theil, indem sechs Nummern derselben aus der nämlichen Ursache confiscirt wurden.

[Beschlagnahme.] In den öffentlichen Localen wurden gestern die Nr. 76 der „Volkszeitung" (Donnerstag) mit Beschlag belegt.

**Hagen,** 30. März. [Coalitionsrecht.] Die Versammlung der Handelskammern von Hagen, Iserlohn, Altena, Dortmund, Bochum und Essen, welche gestern hier tagte, erklärte sich gegen die Aufhebung der §§ 181 und 182 der Gewerbeordnung als gegen das beiderseitige Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerichtet. Dieser Antrag wurde mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. In Betreff der Frage des Genossenschaftswesens erklärte die Versammlung die Förderung desselben (nach Schulze-Delitzsch' Prinzipien) durch Vorlage eines Gesetzes für geboten. Aus diesem Gesetze dürfe indeß keine obligatorische Pflicht, noch irgend welcher Einfluß der Regierung auf die Organisation resp. Verwaltung dieser Vereine hervorgehen. Die Versammlung beschloß ferner, daß diese Versammlung nur einen Meinungsaustausch unter den einzelnen Handelskammern über die Tagesfragen, soweit sie den Handelsstand berühren, bewirken solle, ohne irgend eine bindende Kraft für die einzelnen Handelskammern zu haben. — Wahrscheinlich werden in Gemäßheit dieses Beschlusses die Handelskammern von Bochum und Dortmund sich gegen die Aufhebung der betreffenden Paragraphen, die Handelskammer von Iserlohn dagegen für deren Aufhebung sich aussprechen. Bei den Handelskammern von Hagen und Altena wird die Majorität pro und contra eine sehr geringe sein. Ueber Essen ist noch nichts bekannt. (Rh. Ztg.)

**Essen,** 28. März. [Gegen hohe Besteuerung.] Gestern waren hier etwa 330 ländliche Gutsbesitzer zu einer Berathung zusammen getreten, welche die hohe Besteuerung des Grundbesitzes im hiesigen Kreise zum Gegenstande hatte. Es wurde eine Commission ernannt, welche, mit einer desfallsigen Vorstellung an das Ministerium beauftragt, solche in einer auf den 10. April anberaumten nochmaligen Versammlung zur Vollziehung vorlegen soll. (Rh. Z.)

**Köln,** 30. März. [Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung] begann mit der Verlesung eines Schreibens des Oberbürgermeisters an einen der Stadtverordneten, die in der vorigen Sitzung den Antrag eingereicht hatten, daß die Verhandlungen über die Bewilligung eines Credits für die Feier des 50jährigen Jubiläums der Rheinprovinz mit Deutschland und Preußen, obwohl sie in geheimer Sitzung stattgefunden, veröffentlicht werden sollen. Es knüpfte sich hieran eine ziemlich gereizte Debatte, und wurde auf den Haupteinwand des Oberbürgermeisters gegen jenen Antrag, daß nämlich über jene Verhandlungen keine Notizen aufgenommen worden seien, wie dies in geheimen Sitzungen überhaupt nicht zu geschehen pflege, auf die Geschäftsordnung verwiesen, wonach die Versammlung bei geheimen Sitzungen die Nichtveröffentlichung beschließen kann. Der Oberbürgermeister sagte schließlich zu daß er den Antrag, ein dazu gestelltes Amendement und den Beschluß veröffentlichen werde, ein Weiteres sei aber nicht möglich, weil kein Anhalt dafür vorhanden sei. Interessant war die Mittheilung des Vorsitzenden, daß er sich durch den Umstand veranlaßt gesehen habe, jene Verhandlung bei verschlossenen Thüren stattfinden zu lassen, daß Tags vorher in den Wirthshäusern gedruckte anonyme Zettel vertheilt worden, wodurch das Publikum zur Theilnahme an jener Sitzung aufgefordert worden sei. (Elb. Z.)

## Deutschland.

**Stuttgart,** 29. März. [Antrag auf Revision der Verfassung.] Aus den gestrigen Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten ist noch hervorzuziehen ein Antrag von Hölder und etwa 40 Genossen, worin das seiner Zeit in der Adresse an den neuen König ausgedrückte Verlangen nach einer Revision der Verfassung im Einzelnen dargelegt wird. Die Anträge lauten:

I. Die hohe Kammer wolle, unter Bezugnahme auf die in der Antworts-Adresse vom 23. Juli 1861 vorgetragene Bitte um zeitgemäße Verfassungs-Reform und auf die von dem Minister des Innern in Aussicht gestellte Berücksichtigung derselben an die königliche Staats-Regierung die weitere Bitte richten, in die zugesagten Vorlagen wegen Abänderung der gegenwärtigen Verfassung, vorbehaltlich der Frage, ob nicht das Ein-Kammersystem an die Stelle des bisherigen zu treten hat, nachstehende Punkte aufzunehmen: 1) Eine gegenüber den bisherigen Verfassungs-Bestimmungen umfassendere und sicherndere Feststellung der staatsbürgerlichen Rechte der Einzelnen, insbesondere des Rechtes auf freien Aufenthalt und Wohnsitz, auf Sicherheit gegen willkürliche Verhaftung und Haussuchung, des Rechtes der Preßfreiheit, des Versammlungs- und Vereinsrechts, die Anerkennung der allgemeinen und gleichen Wehrpflicht. 2) Aufhebung des Geheimenrathes; Uebertragung seiner wesentlichen Functionen, mit Ausnahme der Administrativ-Justiz, auf ein aus den Vorständen der Verwaltungs-Departements gebildetes Gesammt-Ministerium, vorbehaltlich der Zuziehung weiterer Mitglieder mit berathender Stimme für die Begutachtung wichtiger Angelegenheiten. 3) Aufhebung der Verwaltungs-Rechtspflege; Verweisung der Streitigkeiten des öffentlichen Rechtes an Behörden mit richterlicher Unabhängigkeit, beziehungsweise an die ordentlichen Gerichte. 4) Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes bei Zusammensetzung der Abgeordneten-Kammer. 5) Ausdehnung des Wahlrechtes zu den Abgeordneten-Wahlen auf diejenigen Staatsbürger, welche von Capital-, Renten-, Dienst- und Berufs-Einkommen-Steuer bezahlen: Aufhebung der Vorschrift, wonach die Ausübung dieses Wahlrechtes am Wohnsitze durch das Gemeinde-Bürgerrecht am Orte des letzteren bedingt ist. 6) Abänderung derjenigen Bestimmungen, wonach den Höchstbesteuerten bei den Abgeordneten-Wahlen eine überwiegende Stellung eingeräumt ist, im Sinne des gleichen Wahlrechtes sämmtlicher Wahlberechtigter und Einführung der geheimen Abstimmung bei den Abgeordneten-Wahlen. 7) Gewährung nachstehender Rechte an jede Kammer, beziehungsweise deren Mitglieder: a) das Recht des Gesetzesvorschlages; b) das Recht der Erhebung von Thatsachen (enquête); c) genauere Bestimmungen über das Recht der Ausgaben-Verwilligung und über die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Minister wegen nicht verwilligter Ausgaben; d) Aufhebung der Vorschrift, wonach die Wahl des ständischen Ausschusses im Zusammentritte beider Kammern vorzunehmen ist, und Wahl der jeder Kammer zu entnehmenden Mitglieder derselben durch diese Kammer für sich; e) Erweiterung der Unverantwortlichkeit der Stände-Mitglieder durch die Bestimmung, daß keines derselben wegen der in Ausübung seines Berufes entwickelten Thätigkeit, insbesondere wegen seiner Anträge, Aeußerungen oder Abstimmungen, außerhalb der Stände-Versammlung irgendwie verfolgt oder zur Strafe gezogen werden dürfe.

II. Die hohe Kammer wolle diese Anträge der staatsrechtlichen Commission zur schleunigen Berichterstattung zuweisen, die genannte Commission zu diesem Behufe um sechs Mitglieder verstärken, die zu erwartenden, wie die bereits vorliegenden Berichte in Betreff der Verfassungs-Revision, wo möglich in ununterbrochener Reihenfolge, berathen, und die zu fassenden Beschlüsse der königlichen Staats-Regierung gleichzeitig in einer Adresse vorlegen. (Folgen die Unterschriften.)

**Karlsruhe,** 28. März. [Der evangelisch-protestantischen Kirchengemeinde-Versammlung] in Mannheim ist nun auch diejenige in Heidelberg nachgefolgt, indem sie ohne weitläufiges Votum in Form einer bündigen Resolution sich gegen den neuesten pietistischen Adressensturm ausgesprochen hat. Gewiß ist so viel, daß der extreme Pietismus, schon dem Geiste des Protestantismus gemäß, weit weniger Anhänger im Lande hat, als der extreme Ultramontanismus. Der letztere kann sich doch wenigstens auf die äußere Organisation des momentan von dem Jesuitismus beherrschten Kirchenregiments stützen. (N. Z.)

**Leipzig,** 1. April. [Prof. Biedermann.] Wir haben die freudige Mittheilung zu machen, daß der in den Jahren der Reaction wegen eines Preßvergehens von seinem Amte entfernte Prof. Biedermann auf Antrag der philosophischen Facultät ohne sein Zuthun von dem Cultusministerium wieder in seine frühere Stellung als Professor mit dem früheren Gehalt eingesetzt worden ist. Biedermann zog es damals vor, Sachsen den Rücken zu wenden und wurde von dem freisinnigen Ministerium Watzdorf nach Weimar berufen. Seit seiner Rückkehr nach Sachsen hat Biedermann sich wie früher für vaterländische Angelegenheiten lebhaft interessirt und war namentlich in der schleswig-holsteinischen Sache sehr thätig, nicht minder auch in öffentlichen Versammlungen, namentlich des Nationalvereins. (Mitteld. V. Z.)

**Leipzig,** 1. April. [Arbeitseinstellung.] Heute nehmen die Arbeitseinstellungen der Buchdrucker ihren Anfang. — In der O. Wigand'schen Officin, woselbst etwa 40 Setzer beschäftigt sind, ist der neue Tarif bereits gewährleistet, wie wir aus einer berichtigenden, auf schriftlicher Erklärung beruhenden Notiz dieser Buchdruckerei in den „L. N." ersehen, welches Blatt noch gestern das Gegentheil behauptet hatte.

## Frankreich.

* **Paris,** 30. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde die Debatte der einzelnen Paragraphen der Adresse begonnen. Der Sturm der gestrigen Verhandlung wirkte noch nach, und es kam zu einem noch nicht wieder ausgeglichenen Conflict zwischen dem Präsidenten Schneider und Jules Favre; die Debatte wurde zuletzt vertagt, um Zeit zur Abkühlung zu geben. Wir entnehmen der Verhandlung Folgendes:

Auf der Tagesordnung stand zuerst die Wahl des Herrn Fabre. Gegen die Zulassung desselben sprach Lanjuinais; er hob besonders hervor, daß 6000 Wähler an der Abstimmung verhindert worden seien. In gewöhnlichen Zeiten würde man vielleicht Herrn Fabre nicht zugelassen haben, aber in diesem Augenblicke, wo die Leidenschaften so erregt sind, wurde die Wahl mit 217 gegen 23 Stimmen genehmigt. — Die Diskussion der Adresse wurde hierauf wieder aufgenommen.

Jules Favre ergriff das Wort, um das Amendement über die Wiederherstellung der politischen Freiheiten, welches die Opposition zu § 1 gestellt hat, zu vertheidigen. Er behauptete, daß die Verfassung ein Contract sei, welcher zwischen dem Lande und dem Kaiser abgeschlossen worden sei. Er untersucht hierauf, ob der Kaiser seine Verpflichtungen dem Lande gegenüber gehalten habe, dem er die Anwendung der Principien von 1789 versprochen. Er trug hierauf Auszüge aus allen Werken des Kaisers vor, welche derselbe vor der Gründung des Kaiserreichs geschrieben und in denen er immer für die Freiheit geschwärmt habe; namentlich habe er diese Verheißungen in seinen Proklamationen von Straßburg und Boulogne gemacht. Redner kommt dann zu dem Schlusse, daß der Kaiser seine Versprechungen nicht gehalten. Beim Jahre 1848 angelangt, begann er die Vertheidigung der republikanischen Regierung. Der Präsident Schneider erlaubte sich hier eine Bemerkung, worauf Jules Favre sich niedersetzte, da die Freiheit des Wortes nicht mehr bestehe.

Präsident Schneider forderte Jules Favre auf, fortzufahren, derselbe bestand aber auf seiner Weigerung. Es wurde hierauf nach fürchterlichem Lärm zur Abstimmung geschritten. Das zweite Amendement der Opposition, die Wahl-Comite's betreffend, kam dann zur Discussion. Die ganze Linke blieb jedoch sitzen, ohne daß sich Jemand zum Worte meldete, um so gegen das Vorgehen Schneider's zu protestiren. Man wollte alsdann zur Abstimmung übergehen, als Ollivier sich erhob, um zu verlangen, daß man in Anbetracht des Zwischenfalles die Discussion auf morgen vertagen möge. Man könne nicht über ein Amendement abstimmen, ohne daß man den Verfasser desselben angehört. Diesem Verlangen wurde willfahrt und die Sitzung aufgehoben. Die Aufregung ist sehr groß

## Dänemark.

**Kopenhagen,** 28. März. [Interessante Enthüllungen.] Der Minister v. Heltzen hat sich bekanntlich in den Besitz mehrerer Briefe gesetzt, welche Herr Bille, der Redacteur „Dagbladet's" an den Preßagenten Hansen gerichtet hat. Diese Briefe sind in der offiziellen „Berl. Tid." veröffentlicht worden, und sie ergeben, daß Herr Bille sich Hansen's bediente, um im Sinne der Tendenzen der national-liberalen Partei sich einerseits mit Herrn v. Bismarck, andererseits mit dem Kaiser Napoleon in Verbindung zu setzen. Als Herr Hansen sich in Berlin befand, erhielt er eine Instruction von Herrn Bille, in welcher es u. A. heißt:

„Ich ersuche Sie, Herrn v. Bismarck meiner besonderen Hochachtung zu versichern und ihm dringend vorzustellen, daß er sich nicht durch die invectiven und wenig schmeichelhaften Vergleiche, deren Gegenstand er in meinem officiellen Organ („Dagbladet") ist, dazu bestimmen lassen darf, meinerseits einen Mangel an Anerkennung zu muthmaßen. Der Grund ist nur darin zu suchen, daß das Volk noch eine Zeitlang unter dem Einflusse des Preußenhasses stehen muß, weil eine lebhafte Beleuchtung der Schattenseiten des brandenburgischen Junkerthums uns zur Erreichung sehr naheliegender Wünsche nothwendig ist. Hr. v. Bismarck darf sich ebensowenig irreleiten lassen durch einen vor wenigen Jahren veröffentlichten Artikel in Betreff der Verhandlungen des Barons Blixen-Finecke mit Herrn v. Bismarck, in welchem diese Verhandlungen in starken Ausdrücken als Landesverrath bezeichnet wurden, oder durch einen Artikel ähnlichen Geistes im „Faedrelandet", in dem aus ähnlichem Grunde die Beschlagnahme der Güter des Barons v. Plessen verlangt wurde. Ich hege das Vertrauen zu Herrn v. Bismarck, daß er am besten selbst wissen wird, welches Gewicht auf die Aussprüche von Zeitungen zu legen ist, deren wichtigstes Streben dahin gerichtet ist, die unwissende Menge für ihre Pläne zu gewinnen."

Wenn Hr. v. Bismarck ein Stück von Schleswig wieder herausgeben will, so ist Hr. Bille ganz geneigt, ihn von der Volksabstimmung zu dispensiren, und er wird auch den Kaiser Napoleon zu bewegen wissen, davon abzustehen. Es heißt darüber:

„Frankreich wird ja zufrieden sein mit einer Ordnung in Gemäßheit des Nationalitätsprinzips, ohne gerade auf die Abstimmung ein allzu großes Gewicht zu legen. Wir besitzen in dieser Beziehung einen Einfluß auf Frankreich in dem Umstande, daß die Abstimmung von der genannten Macht stets nur zur Bestätigung eines zuvor geschaffenen fait accompli benutzt worden ist. Dies ist eine Thatsache, deren Consequenzen sich Frankreich schwerlich wird entziehen können und welches wir benutzen müssen, um unsere Anschauung zur Geltung zu bringen."

In einem nach Paris gerichteten Schreiben des Herrn Bille wird Anweisung ertheilt, wie der Kaiser Napoleon zu gewinnen ist, indem man ihm in Aussicht stellt, daß sein Buch ausnehmend gelobt werden soll 2c. Frankreich muß aber vor Allem darauf dringen, daß das Ministerium Hall wieder eingesetzt werde. Auf die Frivolität, mit welcher die Eiderdänen seit 15 Jahren Politik getrieben haben, werfen diese Briefe allerdings ein sehr grelles Licht, und so sind sie denn dem gegenwärtigen Ministerium als Waffe gegen seine politischen Gegner sehr willkommen gewesen. In der gestrigen Abendsitzung der ersten Reichsrathskammer erklärte der Justizminister v. Heltzen auf die Interpellation des Capitäns Jacobsen in Betreff dieser Bille-Hansen'schen Depeschen Sache, daß er bereit sei, sich vor dem rechten Forum, als welches die zweite Kammer des dänischen Reichstags betrachtet werden müsse, vollständig zu rechtfertigen, und der Minister des Innern, Geheimerath von Tillisch, fügte hinzu, daß das gesammte Ministerium den Vorwürfen der Freunde des Herrn Bille gegenüber vollkommen den Standpunkt des Herrn von Heltzen theile. (N. Z.)

## Rußland.

**Von der polnischen Grenze,** 30. März. [Ueber die in voriger Woche in Warschau stattgehabte Verhaftung von Emissären] kann ich Ihnen heute nähere Mittheilung machen. Im Ganzen waren 13 Emigranten im Laufe von 14 Tagen nach einander auf französische und englische Pässe und unter fremden Namen in Warschau eingetroffen. Ihre Abreise von Paris, ihre angenommenen und wirklichen Namen, so wie der Zweck ihrer Sendung waren den warschauer Behörden von der russischen Gesandtschaft in Paris telegraphisch vorher signalisirt worden. Der Zweck ihrer vom sogenannten Repräsentativ-Comite bewirkten Sendung soll gewesen sein, für die Zeit der Militärausbebung einen Putsch in Warschau vorzubereiten und denselben des größeren Eclats wegen mit einem Attentat auf die Spitzen der russischen Behörden zu beginnen. Die warschauer Polizei erhielt den Auftrag, der Einlogirung der Emissäre keine Hindernisse in den Weg zu legen, sie aber stets im Auge zu behalten und alle ihre Schritte genau zu überwachen. Den größten Eifer bei dieser Ueberwachung bewies der Polizei-Commissar Rydzewski. Nachdem er die drei thätigsten Emissäre mehrere Tage hindurch beobachtet und Beweise für ihr Vorhaben gesammelt hatte, schritt er zu ihrer Verhaftung. Der jüngere Ulatowski wurde in einem Bäcker-

laden, der ältere in einem Victualienkeller in der Kurfürstenstraße, Zdzislaw Janczewski in der Krauseschen chemischen Fabrik verhaftet. Zugleich mit ihnen wurden etwa 50 Personen, darunter 30 Arbeiter aus der Krauseschen Fabrik und mehrere Frauen zur Haft gebracht. Janczewski und der jüngere Ulatowski nahmen gleich nach ihrer Verhaftung Gift zu sich, das sie in einem Fläschchen bei sich führten; es wurde ihnen aber sofort ein Gegenmittel beigebracht, das die Wirkung des Giftes paralysirte, so daß beide sich am Leben und in der Besserung befinden. Der Generalpolizeimeister Trepoff, der seine Reise nach Petersburg bereits angetreten hatte, wurde von der erfolgten Verhaftung der 3 Emissäre sofort telegraphisch benachrichtigt. Die Depesche erreichte ihn auf der letzten Station vor Petersburg. Er dankte in einem Telegramm dem Polizei-Commissar Rydzewski für seinen Eifer, und wies ihm eine Belohnung von 1000 S.-R. an. Die übrigen 10 Emissäre sind noch nicht ergriffen. Sie halten sich in Warschau versteckt, oder haben sich in die Provinz zerstreut. Sie werden von der Polizei gesucht. (Ostsee-Z.)

## Griechenland.

**Athen,** 25. März. Der Finanzminister soll durch Herrn Krestenitis, der unter König Otto mehrmals Minister war, ersetzt werden. Die Stimmung ist ruhiger. Die Deputirtenwahlen wurden auf den 14. Mai a. St. festgesetzt. Die Kammer wird wahrscheinlich im September einberufen. — Der preußische Geschäftsträger Schmidthals soll durch Herrn Wagner, jetzt in Mexico, ersetzt werden. — Balbis wurde zum Präsidenten des Staatsraths ernannt.

## Osmanisches Reich.

**Konstantinopel,** 25. März. Die Gesandten von Kokan begeben sich auch nach England. — Der Handelsminister Savfet Pascha wurde zum Gesandten in Paris, der Unterrichtsminister Ethem Pascha zum Handelsminister, Newrez Pascha zum Unterrichtsminister und Kadri Bey zum Generalpostdirector ernannt. — Eine neue Leibgarde des Sultans wird organisirt.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Turin, 3. April. Die „Stampa" meldet: Eine Convention der französischen und italienischen Militärbehörden ermächtigt die beiderseitigen Truppen zur Grenzüberschreitung behufs der Verfolgung der Briganten.** (Wolff's T. B.)

**Hamburg,** 2. April. Ein Telegramm der „Börsenhalle" aus Lissabon von gestern Abend berichtet aus Rio Janeiro vom 10. März und aus Buenos Ayres vom 26. Februar: In Montevideo ist der definitive Friede abgeschlossen. Das französche Postschiff „Bearn" ist am 27. Februar bei Bahia verunglückt. Post und Passagiere sind gerettet, Schiff und Ladung jedoch verloren.

**Kopenhagen,** 31. März. „Fädrelandet" nennt als wahrscheinlichen Nachfolger Heltzens Brästrup oder Simony. Ein ziemlich verbürgtes Gerücht bezeichnet ersteren als solchen.

**London,** 31. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Palmerston auf eine Interpellation Newdegate's, die Erörterungen über die eventuelle Residenz des Papstes nach Ablauf der September-Convention seien verfrüht. Die Regierung achte den Papst persönlich und beweise dies gern; eine Uebersiedelung des Papstes nach England wäre jedoch ein politischer Anachronismus. Malta sei übrigens bereits vor zwei Jahren dem Papste als Aufenthalt angeboten worden.

# Provinzial-Zeitung.

**Breslau,** 3. April. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Tauenzien-Straße Nr. 75 ein Damenmantel von dunkelbraunem Düffel; Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 56 ein Herrenrock von schwarzem Tuch und ein Ueberzieher von schwarzem Doubel-Düffel mit Sammetkragen.

Außerhalb Breslau: ein Dutzend weiße gestickte Hemden, ein Dutzend dergleichen mit Verzierung von weißleinenen Zacken, ein halbes Dutzend Hemden mit weißen Zwirnspitzen besetzt, vier Ueberzüge weiße Bettzüchen, theils zum Knöpfen, theils mit Zwirnspitzen zum Schnüren, sieben Paar weiße Strumpfe, eine roth und schwarz gemusterte Casimir-Decke, achtunddreißig Ellen rothe Changeant-Leinwand, drei weiße gestickte Unterkleider, ein weißer glatter Unterrock, ein schwarzes Twillkleid und ein schwarzer Rock mit weißen Punkten.

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein weißes Taschentuch, gezeichnet Julie Herrmann, ein altes schwarzgefärbtes Shawltuch, ein Tischmesser mit Holzgriff, zehn Stück große und kleine Schlüssel, und ein auf Carl Joseph Stenzel lautender Militär-Gestellungsschein.

Verloren wurde: eine Damentasche von braunem Leder mit Stahlbügel und Kette, in derselben befanden sich: ein Portemonnaie, ein Messer, eine Herren-Photographie und eine Visitenkarte.

Angekommen: v. Meroni, königlich preußischer General-Consul, aus Bukarest. Fräulein Claudine Couqui, Solotänzerin, aus Wien. (Pol.-Bl.)

η. [Eisgang.] Gestern Nachmittag wurde die Oder bis in die Nähe des Seelöwen vom Eise frei, und oberhalb Zedlitz stehen nur noch einzelne größere Partien desselben. Die mürbe Masse hat sich leicht zerbröckelt und zusammengeschoben und das weitere vollständige Freiwerden der Oder steht jetzt in baldiger Aussicht. Ebenso giebt das Wasser in der Oder keinen Grund zu besonderen Befürchtungen, da es auch jetzt nur langsam zunimmt, so daß sich die Nachricht von dem Steigen der Oder in Ohlau um 7' als unrichtig erweist, so wie sie auch von der Redaction von vornherein als sehr zweifelhaft bezeichnet wurde.

---

♃ **Görlitz,** 30. März. [Die Holzfrage. — Specialkarten.] Eine der wichtigsten Fragen, welche nun schon seit geraumer Zeit die Bürgerschaft beschäftigt, ist die Einrichtung des Holzverkaufs in unserer Stadt. In früherer Zeit wurde jedem Bürger ein sogenanntes Holzbuch gegeben, auf Grund dessen er das Recht hatte, eine gewisse Quantität Holz vom städtischen Holzhof in Hennersdorf zu einem sehr niedrigen Preise zu verlangen. Da sich mit dem steigenden Verkehr nach Sachsen hin die Uebelstände dieser Einrichtung, welche zum Schaden der Stadt auswärtigen Holzhändlern die Möglichkeit bot, sich hier billig Holz zu kaufen, herausstellten, ging man zunächst mit Erhöhung des Klafterpreises vor. sah aber bald, daß das nichts half, wenn man nicht mit dem Holzpreise so hoch gehen wollte, daß jeder Vortheil für die Inhaber der Holzbücher wegfiel. Man ging nun an die Abschaffung der Holzbücher selbst, und begann das Holz auf dem Rathhause zu verzetteln, zunächst fortdauernd, dann an zwei Tagen im Monat, und als sich das letztere als außerordentlich störend herausstellte, wieder fortdauernd, jedoch so, daß in jedem Monat nur eine bestimmte Klafterzahl zur Verzettelung kommt. Schon seit Jahren ist nun die Forstdeputation bemüht, den Holzhandel im Detail ganz der städtischen Verwaltung abzunehmen, und hat wiederholt darauf hinzielende Anträge gestellt, doch ist erst neuerdings durch den Beschluß der Stadtverordneten, den hennersdorfer Holzhof eingehen zu lassen, ein Schritt zu diesem Ziele geschehen. Gegenwärtig schweben nun wieder die Verhandlungen darüber, ob und wann die Commune den Detail-Holzverkauf aufgeben soll. Erleichtert wird den städtischen Behörden der Beschluß der Aufhebung dieses kostspieligen und sehr unbequemen Verwaltungszweigs durch neuere Anerbietungen, die ihnen theils von hiesigen Geschäftstreibenden, theils von großen Consumenten in der Haide gemacht sind. So haben sich der Glashüttenbesitzer Schulze in Rauscha und die Töpfer von Freiwaldau erboten, alles im Revier Rauscha geschlagene Holz 3. und 2. Klasse zu einem über die Taxe hinausgehenden Preise zu kaufen, und dieselbe Offerte haben hiesige Geschäftsleute in Bezug auf alles in der Haide zu schlagende Holz gemacht. Für dies Jahr sollen nach dem Hauungsplan 21,527 Klaftern Derbholz, 3983 Klaftern Stockholz und 4130 Klaftern Reisig eingeschlagen werden. Bei dem bedeutenden Holzverbrauch in den industriellen Etablissements der Haide (die Töpfereien in Freiwaldau sollen allein gegen 8000 Klaftern jährlich verbrauchen) reicht schon jetzt das hierher gebrachte Holz kaum aus, und es ist deshalb dringend zu wünschen, daß die Stadt aufhört, den Holzkleinhandel zu treiben, da große Holzhändler sich hier gar nicht etabliren mögen, so lange sie nicht die Sicherheit haben, daß die Stadt ihnen keine Concurrenz macht. Indeß gilt ein dem wahren Interesse der Commune entsprechender Beschluß in der Holzfrage für so voraussichtlich, daß bereits Anstalten getroffen werden, hier einen Handel mit polnischem Holze einzuführen. Freilich wird es in der Stadtverordneten-Versammlung bei der Verhandlung nicht an den üblichen Redensarten von Bedrückung „des Armuths", Vernachlässigung der Bürger 2c. fehlen, die namentlich von Seiten der großen Holzconsumenten jedesmal laut werden, indeß angesichts der großen Verwaltungs- und Transportkosten, die sich für jede Klafter auf nahe an 2¾ Thlr. belaufen, und der Nothwendigkeit, andernfalls mit einer abermaligen Steigerung der Holzpreise vorzugehen, wird die Versammlung schließlich doch wohl vorziehen, den Detail-Holzhandel ganz aufzugeben, und nur für die notorisch Armen auf dem städtischen Holzhofe in ganz kleinen Partien beizubehalten, namentlich wenn der irrigen Vorstellung, als biete nur der Verkauf durch städtische Beamte den Käufern Garantie für die Richtigkeit des Maßes, überzeugend entgegen getreten wird. — Der durch seine Kartenzeichnung vortheilhaft bekannte hiesige Lehrer Leeder hat so eben in Weingärtners lithographischem Institut drei Karten erscheinen lassen, die, ursprünglich für den Unterricht in den Volksschulen bestimmt, bei ihrer gelungenen Ausführung gewiß auch in andern Kreisen sich Verbreitung verschaffen werden. Es ist eine geognostische Karte des görlitzer Kreises auf Grund der neuesten Feststellungen durch die naturforschende Gesellschaft angefertigt, sodann eine Karte des görlitzer Kreises und eine Terrainkarte der nächsten Umgebung von Görlitz.

---

= ϱ = **Von der Oppa,** 31. März. [Unglück. — Zigeuner.] Am jüngst verflossenen Dinstage begaben sich mehrere Arbeiter aus unserer Gegend nach der Kreisstadt, um sich mit den nöthigen Pässen zur Reise nach Warschau zu versehen. Auf der Rückreise wollte der eine Maurer, ein Familienvater aus dem Dorfe Löwitz, noch einige Einkäufe in S. für seine Kleinen zu Hause besorgen, während seine Begleiter vorausgingen und bei dem tollen Wetter weiter nicht darauf achteten, daß jener nicht gleich nachkam. Da dieser aber selbst am darauffolgenden Tage in seiner Heimath nicht eintraf, so hegte man gegründete Besorgniß und stellte Nachforschungen nach dem Vermißten an, die leider erfolglos blieben. Gestern wurde er endlich nicht weit von seinem Wohnorte vollständig verschneit inmitten des Fahrweges aufgefunden. Ein Gespann, das über ihn hinweggegangen sein soll, veranlaßte sein Auffinden. — Seit einiger Zeit haben sich mehrere Zigeuner-Familien auch unsere Gegend zum zeitweiligen Aufenthalte ausersehen. (Wir haben über diese Herumzügler schon mehrfach Schilderungen in dieser Zeitung geliefert. D. Red.)

## Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur. | Barometer. | Luft-Temperatur. | Windrichtung und Stärke. | Wetter. |
|---|---|---|---|---|
| Breslau, 1. April 10 U. Ab. | 334,08 | +1,4 | S. 1. | Trübe. |
| 2. April 6 U. Mrg. | 333,67 | —0,4 | SO. 1. | Heiter. |
| 2 U. Nachm. | 333,12 | +4,4 | S. 1. | Sonnenblicke. |
| 10 U. Abds. | 332,81 | +1,0 | SO. 1. | Wolkig. |
| 3. April 6 U. Mrg. | 332,35 | —0,4 | SO. 1. | Trübe. |

**Breslau,** 3. April. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 3 Z. U.-P. 3 F. 5 Z. Eisstand.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris,** 1. April, Nachm. 3 Uhr. Ungeachtet der Liquidation war die Rente wenig belebt, Credit-Mobilier dagegen sehr schwankend, weil viele Käufer nicht liquidirt haben. Am Schlusse der Börse befestigte sich die Haltung sämmtlicher Effekten. Die 3proz. begann pr. Ende April zu 67, 60, stieg bis 67, 75 und schloß fest zur Notiz. Credit-Mobilier, der zu 817, 50 eröffnet hatte und dann bis 802, 50 gewichen war, stieg wieder auf Notiz. Pr. Liquidation begann die Rente zu 67, 40, hob sich auf 67, 60 und wurde schließlich zu 67, 55 gemacht. Consols von Mittags 1 Uhr waren 90⅛ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 70. Italien. 5proz. Rente 65, 35. 3proz. Spanier . 1proz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 437, 50. Credit-Mob.-Aktien 822, 50. Lomb. Eisenbahn-Aktien 545.

**London,** 1. April, Nachm. 4 Uhr. Schönes Wetter. Consols 90. 1proz. Spanier 41. Sardinier 77. Mexikaner 26¾. 5proz. Russen 88½. Neue Russen 89½. Silber —. Türk. Consols 54½. 6proz. Ver Staaten-Anl. pr. 1862 57½.

Der Brasiliendampfer „Bearn" ist bei Bahia gescheitert.

**Wien,** 1. April, Nachm. 2 U. Die Börse war in fester Haltung. Schluß-Course: 5proz. Metall. 70. 90. 1854er Loose 87, 75. Bank-Aktien 794. Nordbahn 180, 10. Nat.-Anl. 77, —. Creditaktien 182, 70 Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 191, 90. Galizier 212, 50. London 110, 60 Hamburg 82 50 Paris 43 90 Böhm. Westbahn 163, 25. Credit-Loose 127. 1860er Loose 93, 10. Lombard. Eisenbahn 238, 50. Neues Lotterie-Anl. —, —.

**Wien,** 1. April, Mittags. Bei der heute stattgehabten Ziehung der 1854er Loose fielen die Haupttreffer auf Nr. 10 der Serie 1011 und Nr. 38 der Serie 793.

Bei der Ziehung der alten Staatsschuld ist die Serie 89 gezogen worden.

**Wien,** 1. April, Abends. Bei der heute stattgehabten Ziehung der Creditloose kamen folgende Serien heraus: 514. 744. 791. 835. 1477. 1564. 1753. 1816. 2122. 2250. 2617. 2632. 2979. 3107. 3544. 3550. 3872. 4075.

Haupttreffer hatten Nr. 83 Ser. 3107, Nr. 63 Ser. 835, Nr. 30 Ser. 3107, Nr. 4 und Nr. 96 Ser. 1477.

**Wien,** 2. April, Abends. Im heutigen Privatverkehr waren sämmtliche Effekten, ausgenommen Creditaktien, ziemlich belebt. Creditaktien 182, 20, 1860er Loose 93, 15. 1864er Loose 88, 70. Staatsbahn 192, 70. Galizier 214, 50. Böhmische Westbahn 165, 25.

**Frankfurt a. M.,** 1. April, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich fest. Amerikaner eröffneten zu 60¼. Schluß-Course: Wiener Wechsel 107. Finnländ. Anleihe 85¾. Neue 4½proz. Finnländische Pfandbriefe 83¾. 6proz Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 59⅞. Oesterr. Bank-Antheile 851. Oesterreich. Credit-Aktien 194. Darmst Bank-Aktien 229 excl. Div. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 108½. Böhm. Westbahn 73⅝. Rhein-Nahebahn —. Ludwigsh.-Bexbach 149. Heff. Ludwigsb. 135¼. Darmst. Zettel-Bank 253 excl. Div. 1854er Loose 78¼. 1860er Loose 85½. 1864er Loose 94¾. Oesterr. Nat.-Anl. 68¾. 5proz. Metall. 62¾. 4½proz Metall. 56¼.

**Hamburg,** 1. April Nachm. 2½ Uhr. Fest, aber ziemlich ruhig. Mildes Wetter. Schluß-Course: National-Anl. 69¼. Oesterr. Credit-Aktien 82⅝. Vereinsbank 106¼. Norddeutsche Bank 115⅝. Rheinische 110½. Nordbahn 77¾. Finnländ. Anl. 83¾. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1862 54⅜. Disconto 2%.

**Hamburg,** 1. April. [Getreidemarkt.] Ruhiger. Weizen recht fest, April-Mai 5400 Pfd. netto 94½ Bancothaler bez., 95 Br., 94 Gd., matt. Roggen April Mai 5100 Pfd. brutto 79½—78½ bez., 79 Br., 78½ Gd., matt. Oel Mai 26—25⅞, Okt 25⅝. Kaffee sehr ruhig, nur Domingo gehandelt Zink fest, aber ruhig.

**Hamburg,** 2. April. Ein weiteres Telegramm der „Börsenhalle" aus Lissabon vom heutigen Tage berichtet aus Rio Janeiro vom 24. Febr. (per „Bearn"): Seit Abgang des letzten Dampfers sind nach diversen Häfen 76,600 Sack Kaffee abgeladen. Der Vorrath hat sich um 40,000 Sack vermehrt. Preise 100 Reis niedriger als seit der letzten Post. Wechselcours auf London unverändert gegen die vorige Post. Nach ferneren Berichten aus Rio Janeiro vom 10. März (per „Parana") betragen die Gesammt-Abladungen an Kaffee nach diversen Häfen seit Abgang des „Bearn" 95,500 Sack. Der Vorrath hat um 20,000 Sack zugenommen. Preise und Wechselcours unverändert ebenso wie bei Abgang des „Bearn" am 24. Febr.

**Liverpool,** 1. April, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 6,000 Ballen Umsatz. Markt fest. Amerikanische 15½, fair Dhollrah 11½, middling fair Dhollerah 10, middling Dhollerah 9, Bengal 6½, Omra 10½, Pernam 15.

---

**Berlin,** 1. April. Weizen loco 45 61 Thl. nach Qualität, bunter poln. 57—½ Thl. ab Bahn bez. — Roggen loco 81—83pfd. 36⅜—½ Thl. ab Bahn bez., Frühjahr 35⅝—36—35¾ Thl. bez. und Gld., 35⅞ Thl. Br., Mai-Juni 35¾—36¼—⅛ Thl. bez., ¼ Thl. Br., 36 Thl. Gld., Juni-Juli 37¼ Thl. bez., Juli-Aug. 38¼—½ Thl. bez. und Br., ¼ Thl. Gld., Sept.-Oktbr. 39 ½—⅜ Thl. bez und Br., ¼ Thl. Gld. — Gerste, große und kleine 27—34 Thl. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—25 Thl., oderbrucher 23½ Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. April und Frühjahr 22¾—23 Thl. bez., Mai-Juni 23—22¾—23 Thl. bez., Juni-Juli 23⅞—24 Thl. bez., Juli-Aug. 24½—¾ Thl. bez., Sept.-Okt. 24¼—½ Thl. bez. — Erbsen, Kochwaare 45—52 Thl., Futterwaare 42—45 Thl. — Rüböl loco 12⅛ Thl. Br., April und April-Mai 11²³⁄₂₄—12½—12 Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 12⅛—1/12 Thl. bez. und Gld., ⅛ Thl. Br., Sept.-Okt. 12⅛—¼—⅙ Thl. bez. und Gld., 5/24 Thl. Br. — Leinöl loco 12⅔ Thl Br. — Spiritus loco ohne Faß 13⅔ Thl. bez., April und April-Mai 13⅞—7/12 Thl. bez., Br. und Gld., Mai-Juni 13⅝—¾ Thl. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 14¼—⅛ Thl. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 14⅜—⅛ Thl. bez. und Gld., 5/12 Thl. Br., Aug.-Septbr. 14⅝—¾ Thl. bez., Br. und Gld., Sept.-Oktbr. 14 23/24—⅚ Thl. bez. und Gld., 11/12 Thl. Br.

Weizen blieb unverändert. Roggen zur Stelle hatte nur kleine Frage, der Consum deckt sich größtentheils aus den bedeutenden Mehlzufuhren, während andererseits die wenigen vorhandenen Angebote trotzdem ganz gut zu placiren waren. Bei Terminen machte sich wiederum die alte Erfahrung geltend, daß nach rapidem Fall anderen Tages eine Reaction selten ausbleibt, so war es denn auch heute. Frühjahr setzte mit dem Geldcourse von gestern ein, errang sich im Laufe des Geschäfts einen halben Thaler, um dann wieder eine Kleinigkeit nachzugeben; mehr oder weniger schlossen sich die anderen Sichten dem Gange dieses Termines an. Gek. 2000 Ctnr. Hafer loco in fester Haltung. Termine höher.

Rüböl: Die heute zur Eröffnung des Termins angemeldeten 2600 Ctnr., welche weniger gute Aufnahme fanden, vereint mit der flauen Post von auswärts, verursachten eine ungünstige Wirkung auf die Stimmung und machten, daß Preise nachgeben mußten. Die Börse schließt indeß etwas besser, was durch die später auftauchende Kauflust und vereinzelte Deckungen geboten wurde. Spiritus verändert sich wenig im Werthe. Die Stimmung wurde etwas fester, da im Verhältniß nur wenig Kündigungen circulirten. Schließlich wurde der Markt etwas ruhiger unter Beibehaltung der errungenen Avance. Gek. 100,000 Quart.

## Berliner Börse vom 1. April 1865.

### Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 102⅝ G. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 106¼ bz. |
| dito 1850, 52 | 4 | 98½ bz. |
| dito 1853 | 4 | 98½ bz. |
| dito 1854 | 4½ | 102½ bz |
| dito 1855 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1856 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1857 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1858 | 4½ | 102½ bz. |
| dito 1864 | 4½ | 102½ bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 91¾ bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 129¾ bz. |
| Berliner Stadt-Obl. | 4½ | 102¼ bz. |
| Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk. | 3½ | 87 bz. |
| Pommersche | 3½ | 86⅝ bz. |
| Posensche | 4 | — — — |
| dito | 3½ | — — — |
| dito neue | 4 | 95⅞ G. |
| Schlesische | 3½ | — — — |
| Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk. | 4 | 98½ bz. |
| Pommersche | 4 | 98¼ bz. |
| Posensche | 4 | 97 bz. |
| Preussische | 4 | 98½ bz. |
| Westph. u. Rhein. | 4 | 99½ bz. |
| Sächsiche | 4 | 99 G. |
| Schlesische | 4 | 99 G. |
| Louisd'or 111⅝ bz. | | Oest Bkn. 91⅞ b. |
| Goldkronen 9. 9¼ bz | | Poln. Bkn. — — — |

### Ausländische Fonds

| | | |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 64⅝ G. |
| dito Nat.-Anl. | 5 | 70⅝ à ¾ bz. |
| dito Lott.-A v. 60 | 5 | 85¼ bz. |
| dito dito 64 | — | 54 bz. |
| dito 54er Pr.-A. | 4 | 80 G. |
| dito Eisenb.-L. | — | 77¾ etw. bz. G. |
| Russ Engl. Anl. 1862 | 5 | 88⅝ bz. u. G |
| dito Holl Anl. 1864 | 5 | 89½ G. |
| dito Poln. Sch.-Obl. | 4 | 73½ bz u. G |
| Poln-Pfandbr III Em. | 4 | 75¼ bz. u G |
| Poln. Obl. à 500 Fl | 4 | 89½ G. |
| dito à 300 Fl. | 5 | 92 bz. |
| dito à 200 Fl | — | — — — |
| Kurhess. 40 Thlr. | — | 56¾ B. |
| Baden. 35 Fl. Loose. | — | 30½ B. |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | 101⅝ bz. |
| dito II. | 4½ | 101 bz. |
| dito IV. | 4½ | 100½ bz. |
| dito III. v. St. 3½ g. | 3½ | 84 bz. |
| Cöln-Minden | 4½ | 102¾ G. |
| dito II. | 5 | — — — |
| dito | 4 | 95¼ G. |
| dito III. | 4 | 93½ bz |
| dito | 4½ | 101½ B. |
| dito IV. | 4 | 93 bz. |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4 | 90¾ G. |
| dito III. Em. | 4½ | 97¾ B. |
| Galiz. Ludwigsb | 5 | 86¾ bz. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 96⅞ B. |
| dito conv. | 4 | 96⅞ B |
| dito III. | 4 | 94¾ B. |
| dito IV. | 4½ | 101½ bz. |
| Niederschl. Zweigb. Litt. C. | 5 | 102½ B. |
| Oberschles. A. | 4 | 96 G. |
| dito B. | 3½ | 85¼ G. |
| dito C. | 4 | 95⅜ G. |
| dito D. | 4 | 95⅜ G. |
| dito E. | 3½ | 84 bz. |
| dito F. | 4½ | 101½ G. |
| Oest.-Franz. | 3 | 261 bz u. G. |
| Oest. südl. St.-B. | 3 | 250¼ bz. |
| Rhein. v. St. gar. | 4½ | — — — |
| Rhein-Nahe-B. gar | 4½ | 101 bz. |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Dividende pro | 1863 | 1864 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Düsseld. | 3½ | 4 7/30 | 3½ | 101 G. |
| Aachen-Mastrich | — | — | 4 | 43¾ bz. |
| Amsterd.-Rottd. | 6¼ | 6 19/20 | 4 | 117⅛ etw. bz. |
| Berg.-Märkische | 6½ | 7½ | 4 | 138½ bz. |
| Berlin-Anhalt | 9¾ | 11⅝ | 4 | 193 bz. |
| Berlin-Görlitz | — | — | 4 | 85 bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 5 | 98½ bz. |
| Berlin-Hamburg | 7¼ | 10 | 4 | 143½ bz. u. G. |
| Berl.-Potsd.-Mg. | 14 | 16 | 4 | 220 bz. |
| Berlin-Stettin | 8⅓ | — | 4 | 135 B. (i. D) |
| Böhm.-Westb. | | — | 5 | 73½ à 74 bz. u. G. |
| Breslau-Freib. | 7½ | 8⅔ | 4 | 144 bz. |
| Cöln-Minden | 12 11/12 | — | 3½ | 208 bz. |
| Cosel-Oderberg | 1½ | — | 4 | 63 bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 4½ | 87 bz. |
| dito dito | — | — | 5 | 93½ G. |
| Galiz. Ludwigsb. | 6 | — | 5 | 97½ bz. |
| Ludwigsh.-Bexb. | 9 | 9⅛ | 4 | 148½ G. |
| Magd.-Halberst. | 22⅗ | — | 4 | 230 bz. |
| Magdb.-Leipzig | 17 | — | 4 | 258¼ B. |
| Mainz-Ludwigsh | 7 | — | 4 | 131¾ bz. |
| Mecklenburger | 2½ | 3½ | 4 | 79 bz. u. B. |
| Neisse-Brieger | 4⅓ | — | 4 | 91⅝ bz. |
| Niedrschl.-Märk. | 4 | 4 | 4 | 97¼ B. |
| Niederschl. Zwgb | 2⅔ | — | 4 | 85 G. |
| Nordb., Fr.-Wilh. | 3 7/12 | — | 4 | 78½ à 79½ bz. |
| Oberschles. A | 10½ | 10 | 3½ | 170 bz. |
| dito B. | 10½ | 10 | 3½ | 149 G. |
| dito C. | 10½ | 10 | 3½ | 170 bz. |
| Oestr.-Fr. St.-B. | 5 | — | 5 | 117½ bz. u. G. |
| Oest. südl. St.-B. | 8 | — | 5 | 145⅝ bz. u. G. |
| Oppeln-Tarn. | 2½ | — | 4 | 81½ bz. |
| Rheinische | 6 | — | 4 | 112½ bz. |
| dito Stamm-Pr. | 6 | — | 4 | 114½ bz |
| Rhein-Nahebahn | — | — | 4 | 31½ à 32 bz. |
| Rhr.Crf.K.Gldb. | 5 | 6⅔ | 3½ | 103¾ G. |
| Stargard-Posen | 4⅚ | — | 3½ | 97 B. |
| Thüringer | 7⅗ | — | 4 | 134¾ G. |
| Warschau-Wien | — | — | 5 | 69½ à 70 bz. |

### Bank- und Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 6 | 7 1/10 | 4 | 130 G. |
| Braunschw. B. | — | — | 4 | 84½ bz. |
| Bremer Bank | 5⅘ | 7 3/10 | 4 | 114 etw. bz |
| Danziger Bank | 6 | 7½ | 4 | 112 G. |
| Darmst. Zettelb. | 6 | 8 | 4 | 102 B. |
| Geraer Bank | 7 | 8 | 4 | 107½ Klgkt. bz. |
| Gothaer " | 6½ | — | 4 | 101½ B. |
| Hannoversche B. | 5⅕ | — | 4 | 100 B. |
| Hamb. Nordd. B. | 6⅔ | 7⅝ | 4 | 114⅞ G. |
| " Vereins-B. | 6 13/32 | 7 21/32 | 4 | 105¼ G. |
| Königsberger B. | 5⅘ | 6¾ | 4 | 109½ B. |
| Luxemburger B. | 9 | 4 | 4 | 86½ B. |
| Magdeburger B. | 4½ | 5 9/10 | 4 | 102 G |
| Posener Bank | 5 8/15 | 7 | 4 | 101⅝ bz. |
| Preuss. Bank.-A. | 7 37/40 | 10 19/20 | 4½ | 149 i. P. bz. |
| Thüringer Bank | 4 | 4 | 4 | 77 bz |
| Weimar " | 5½ | 7 | 4 | 100¼ B. |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | — | 4 | 112 bz. |
| Coburg.Credb.A. | 7 | — | 4 | 101 etw. bz. |
| Darmstädter " | 5½ | 6 | 4 | 92 bz. u. G. |
| Dessauer " | — | — | — | 3¼ p. St. G. |
| Disc.-Com.-Ant. | 6½ | — | 4 | 103 bz. |
| Genfer Credb. A. | 1 | — | 4 | 43⅞ bz. ex. C. |
| Leipziger " | 4 | — | 4 | 86½ bz. u. G. ex. C. |
| Meininger " | 7 | — | 4 | 101 B. |
| MoldauerLds.-B. | 2½ | — | 4 | 42½ bz. |
| Oesterr.Credb.A. | 6 | — | 5 | 83⅝ bz. u. G. |
| Schl. Bank-Ver. | 6 | — | 4 | 110 bz. |
| Minerva | — | — | 5 | 33 bz. |
| Fbr.v.Eisenbbfd. | 8 | 8½ | 5 | 115½ bz. |

### Wechsel-Course.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Amsterdam 250 Fl. | 10 T. | 144⅛ bz. | Augsburg 100 Fl. | 2 M. | 56. 26 G. |
| dito dito | 2 M. | 143½ bz. | Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 99⅝ G. |
| Hamburg 300 Mk | 8 T. | 152⅝ bz. | dito dito | 2 M. | 99⅝ G |
| dito dito | 2 M. | 151⅞ bz. | Frankfurt a. M. 100 Fl. | 2 M. | 56. 28 G. |
| London 1 Lst. | 3 M. | 6. 22⅞ bz. | Petersburg 100 S.-R. | 3 W. | 89¼ bz. |
| Paris 300 Frcs. | 2 M. | 80⅝ bz. | dito dito | 3 M. | 88⅝ bz. |
| Wien 150 Fl. | 8 T. | 91¾ bz. | Warschau 90 S.-R. | 8 T. | 80⅝ bz. |
| dito dito | 2 M. | 91½ bz | Bremen 100 Thlr. | 8 T. | 111 bz. |

---

♃ **Breslau,** 3. April. Wind: Süd-Ost. Wetter: schön. Thermometer Früh 1 Grad Wärme. Der Geschäftsverkehr zeigte im Allgemeinen kaum vermehrte Regsamkeit, in dem Preisstand für Getreide ist keine Aenderung zu berichten.

Weizen schwach beachtet, pr. 84 Pfund weiße bruchfreie Waare 61—66 Sgr., wenig erbrochene 52—56 Sgr., erwachsene 48—50 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 58 60 Sgr., wenig erbrochene 50—54 Sgr., erwachsene 42—46 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen ruhiger, pr. 84 Pfund 41—42 Sgr., feinste Sorte bis 43 Sgr. bezahlt. — Gerste wenig Umsatz, pr. 74 Pfd. weiße 36—38 Sgr., helle 33—34 Sgr., gelbe 31—32 Sgr. — Hafer ruhig, pr 50 Pfd. 24—27 Sgr. — Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken schwacher Umsatz, 62—70 Sgr. — Oelsaaten fest. — Lupinen nur in trockener Waare beachtet. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein fest. — Rapskuchen beachtet, 50 bis 52 Sgr. pr. Ctr.

| | Sgr. pr. Schff. | | Sgr. pr. Schff. |
|---|---|---|---|
| Weißer Weizen, alter | 60—64—73 | Erbsen | 58 60—66 |
| " " neuer | 60—67 | Wicken | 62—64—70 |
| Gelber Weizen, alter | 58 64—68 | Lupinen | 45—60—72 |
| " " neuer | 57—60 | Bohnen | 70—78—88 |
| Erwachsener Weizen | 42—46—52 | | Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto. |
| Roggen | 41 42—43 | Schlag-Leinsaat | 160—180—195 |
| Gerste, neue | 31—3—38 | Winter-Raps | 180 212—228 |
| Hafer, neuer | 23—25—27 | Winter-Rübsen | 175 195 210 |

Kleesaat schwach zugeführt, — rothe fest, ordinäre 14⅚—18 Thlr., mittle 19—21 Thlr., feine 23—25½ Thlr., hochfeine 26—27 Thlr. und darüber bez., — weiße ruhig, ordinäre 13—15 Thlr., mittle 16—18 Thlr., feine 19—21 Thlr., hochfeine 22—23 Thlr. pr. Centner.

Thymothee gefragter, 12—14 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 22—26 Sgr., Metze 1—1¼ Sgr.

### Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 12 5/12 Thlr., April 12 5/12 Thlr., Sept.-Okt. 12¼ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12¾ Thlr., Frühjahr 13 Thlr., Herbst 14 5/12 Thlr.

## Theater-Repertoire.

Montag, den 3. April. Erstes Gastspiel des Fräul. **Claudine Couqui**, erste Tänzerin vom k. k. Hofoperntheater in Wien. Neu einstudirt: **„Carnevals-Abenteuer in Paris."** Komisches Ballet in 3 Akten und 5 Bildern von Borri. Musik von Strebinger. Vorher, zum zweiten Male: **„Es ladet ergebenst ein."** Lokal-Posse mit Gesang in 1 Akt von Siegmund Haber. Musik von Bossenberger.

Dinstag, den 4. April. Zweites Gastspiel des Fräul. **Claudine Couqui**, erste Tänzerin vom k. k. Hofoperntheater in Wien.



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.